

EXTRABLATT

**ZUKUNFT
RHEIN-MAIN**


Februar 2009 / Nr. 16

Aktion gegen Flughafen-Ausbau

Kahlschlag im Bannwald

Fraport rodet und schafft Tatsachen, noch bevor der Verwaltungsgerichtshof im Hauptsacheverfahren zum Flughafenausbau überhaupt entschieden hat.

Fast wie Streichhölzer knicken die riesigen Erntemaschinen Baum um Baum. Es sind gespenstische Szenen, die sich im Kelsterbacher Wald abspielen. Fraport schafft Fakten für den geplanten Flughafenausbau. Unabänderliche Fakten. Allein bis Ende Februar soll so viel Wald wie möglich fallen. Aber das ist nur der erste Schritt. Sollte die Landebahn tatsächlich gebaut werden, fielen den Rodungsmaschinen wohl mindestens 250 Hektar Wald zum Opfer, darunter wertvoller Bannwald. 250 Hektar – das entspricht einer Fläche von 350 Fußballfeldern. Oder 2000 olympischen Schwimmbecken. Wald, der einen wichtigen Erholungsraum bildet.

Fraport hat mit dem Kahlschlag im Kelsterbacher Wald begonnen, obwohl der Verwaltungsgerichtshof in Kassel noch nicht über die Klagen von Kommunen, Unternehmen und Privatleuten entschieden hat. Das Hauptverfahren steht noch aus. Lediglich die Eilanträge gegen den Sofortvollzug haben die Richter zurückgewiesen und damit den Beginn der Rodungsarbeiten gestattet. Im Fall des Flughafens Berlin-Schönefeld hatte das Bundesverwaltungsgericht anders entschieden. Schwer rückgängig zu machende Eingriffe dürfe es nicht geben, solange kein rechtskräftiger Planungsbeschluss vorliege. Die hessischen Richter haben das anders gesehen und der Stärkung des Luftverkehrsstandortes den Vorrang vor Anwohnerinteressen und Umweltbelangen gegeben.

Warum aber nur hat es Fraport so eilig? Kommt es bei diesem Großprojekt wirklich auf wenige Monate an oder will der Flughafenbetreiber nur Handlungsfähigkeit demonstrieren? Die Vorgehensweise hat Methode. Schon bei der Wartungshalle für das Großraumflugzeug A 380 konnte es anfangs gar nicht schnell genug gehen. Dann aber dauerte es, bis wirklich gebaut wurde. Noch dazu fiel die Halle viel kleiner aus, so dass sich wohl auch auf dem Flughafengelände Platz dafür gefunden hätte. Das aber wollte Fraport offensichtlich nicht.

Risiken wie der Vogelschlag – aktuelles Beispiel: die spektakuläre Notlandung einer Passagiermaschine auf dem Hudson River in New York – werden klein geredet. Ob die wirtschaftliche Entwicklung den Ausbau außerhalb des Zauns wirklich erfordert, steht ebenfalls in den Sternen. Bis jetzt hinkt Fraport den eigenen Prognosen jedenfalls weit hinterher.

Zumindest in einem Punkt haben die Kasseler Richter den Ausbaubefürwortern eine Ohrfeige erteilt. Die geplante Regelung mit 17 Flügen von 23 bis 5 Uhr und rund 150 in der Nachtzeit von 22 bis 6 Uhr trage den gesetzlichen Schutzbestimmungen nicht Genüge. Was, wenn die Richter den Ausbau doch noch kippen? Ganz ausgeschlossen scheint das nicht. Für die Bäume im Kelsterbacher Wald aber ist es dann zu spät. ■

**Liebe Mitbürgerinnen,
liebe Mitbürger!**

Selbst wenn mit der Ablehnung der Eilanträge mehrerer Kommunen entlang der Main-Schiene durch den VGH Kassel und dem Beginn der Rodungsarbeiten im Kelsterbacher Wald bedauerliche Fakten geschaffen worden sind, die Menschen in der Region resignieren keineswegs in ihrem Widerstand gegen den Flughafenausbau. Die Aktion „Zukunft Rhein-Main“ tut dies auch nicht.



Wir unterstützen die Musterklagen der Kommunen gegen den Bau der neuen Bahn, und wir setzen im ausstehenden Hauptverfahren weiterhin auf die Kraft unserer guten Argumente. Der beabsichtigte Ausbau des Frankfurter Flughafens bleibt ein aberwitziges Unterfangen. Er überzieht die Region mit einem unerträglichen Lärmteppich, ist ökologisch bedenklich und ökonomisch unsinnig, wie die jüngsten Entwicklungen bei den Flugverkehrszahlen belegen. Der Ausbau bringt die infrastrukturelle Entwicklung der Region zum Kippen.

Die Aktion „Zukunft Rhein-Main“ wendet sich seit neun Jahren mit Erfolg gegen die Flughafenerweiterung. Nicht zuletzt unserem Engagement ist es zu verdanken, dass Fraport den Plan, die neue Bahn Ende 2008 in Betrieb zu nehmen, längst aufgegeben hat. Mindestens 5 Jahre Zeit und Lebensqualität sind so gewonnen worden.

Dank unserer Intervention ist die „Sicherheit“ zu einem Aspekt im Ausbauprozess geworden. Die Auseinandersetzung mit dem Thema Vogelschlag hätte ohne uns nicht diese Tiefe erreicht. Ungeklärt ist die Frage der Nachtflugbeschränkungen. War vor Jahren die Einführung eines Nachtflugverbots noch die zentrale Voraussetzung für die Genehmigung des Ausbaus durch die Landesregierung, so ist heute wieder alles offen.

Wir haben noch viel zu tun!

Enno Siehr
Landrat des Kreises Groß-Gerau



Klare Meinung: Was die Bürgerinitiativen von der Entscheidung der Kasseler Richter halten, zeigen sie im Kelsterbacher Wald.

Phantasiezahlen für die Landebahn

Bei Prognosen zur Entwicklung des Flugverkehrs und den erwarteten Arbeitsplätzen greift Flughafenbetreiber Fraport regelmäßig zu hoch – **Treibstoffkosten massiv unterschätzt**

An einem Ausbau des Frankfurter Flughafens führe kein Weg vorbei – das predigen die Fraport AG und die hessische Landesregierung seit Jahren. Nur eine rasche Erweiterung garantiere der Rhein-Main-Region Wachstum, wird gern argumentiert.

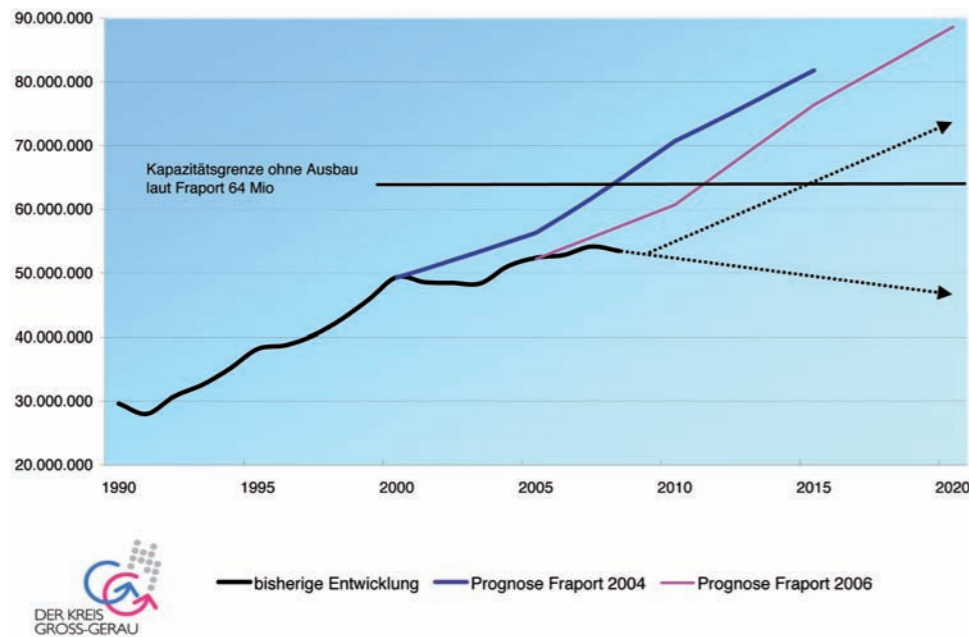
Nur: Wie sieht es denn eigentlich mit den Prognosen der Fraport AG aus? Noch im Jahr 2004 war sie davon ausgegangen, dass der Airport 2008 an seine Kapazitätsgrenzen von 64 Millionen Passagieren stoßen werde. Davon ist Fraport mit knapp 54 Millionen Passagieren weit entfernt. 2006 wurden die Zahlen nach unten korrigiert, doch hinkt die Realität selbst dieser Korrektur noch hinterher. Fraport verfehlte die eigenen Prognosen schon vor der Finanzkrise und der Explosion des Ölpreises. Beide verschärfen die Lage nun aber zusätzlich.

Im Oktober 2008 beispielsweise gingen die Passagierzahlen gegenüber dem Vorjahresmonat um 4,9 Prozent auf 4,7 Millionen zurück. Zuvor waren schon von Juli bis September weniger Passagiere befördert worden als im Vorjahreszeitraum. Experten der Flugverkehrsbranche sehen darin erst den Beginn, denn auch bei den Wachstumserwartungen hat Fraport wohl zu hoch gegriffen. Der Flughafenbetreiber rechnete bis 2020 mit Wachstum des Bruttoinlandsprodukts um jährlich zwei Prozent – aus heutiger Sicht kaum erreichbar. Für die Wintersaison geht Fraport von zwei Prozent weniger angemeldeten Passagierflügen aus. Ebenfalls 2004 gab Fraport die Einschätzung ab, dass sich die Rohölpreise auf hohem Niveau einpendeln werden. Damals kostete ein Barrel über das Jahr gemittelt 38 Dollar, was Fraport als

„hochpreisig“ einstufte. Im Sommer 2008 kletterte der Preis dann zeitweise auf über 145 Dollar. Zwar ist er seitdem wieder kräftig gesunken, doch spricht die mittel- bis langfristige Tendenz für einen Anstieg. Die Internationale Energieagentur verweist seit längerem darauf, dass die Phase billigen Öls ende. Künftig sei mit Preisen von über 100 Dollar je Barrel zu rechnen.

Bei der Luftverkehrsprognose war Fraport noch davon ausgegangen, dass der Anteil der Treibstoffkosten bei rund 20 Prozent des Flugpreises liegen werde. In einer Studie der „Association of European Airlines“ (AEA) vom Mai 2008 war für das vergangene Jahr aber schon mit einem Anteil von 33 Prozent

gerechnet worden. Mittelfristig höhere Ticketpreise dürften die Nachfrage weiter dämpfen und für weitere Kratzer am Bild der schönen Fraport-Welt sorgen. Vielmehr scheint es, als ob Phantasiezahlen bemüht würden, um ein wackliges Konstrukt in Beton zu gießen. Immer weiter zurückgenommen wird auch die Zahl der versprochenen Arbeitsplätze. War einst vollmundig von über 100.000 neuen Jobs die Rede, so geht die Landesregierung jetzt noch von 40.000 aus. Auch dies spricht Bände. Bei anderen Projekten hat Fraport die Zahl der angekündigten Arbeitsplätze verfehlt – warum sollte dies ausgerechnet jetzt anders sein? Und warum wird ausgerechnet am Flughafenbau unbedingt festgehalten? ■



Deutliche Diskrepanz: Ein Vergleich der Kurven zeigt, wie sehr sich Fraport 2004 bei der Entwicklung der Passagierzahlen verschätzt hat.

Verfahrensschritte

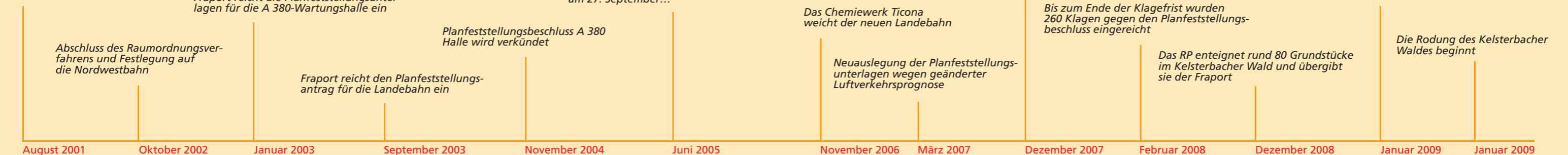
Fraport reicht die Raumordnungsunterlagen ein

Fraport reicht die Planfeststellungsunterlagen für die A 380-Wartungshalle ein

Alle Klagen gegen den Planfeststellungsbeschluss zur A-380 Halle werden abgelehnt, der letzte Baum fällt am 27. September...

Der Planfeststellungsbeschluss wird erlassen

Der VGH Kassel fasst alle Eilanträge zusammen und lehnt sie ab



Bluthochdruck durch Fluglärm

Wissenschaftliche Studien belegen, dass im Umkreis von Flughäfen **deutlich mehr Medikamente verordnet werden** – Bei Schulkindern leiden Konzentrations- und Leistungsfähigkeit

Kein Ausbau ohne Nachtflugverbot – das hatten Fraport und die hessische Landesregierung den lärmgeplagten Bewohnern der Rhein-Main-Region versprochen. Was dann freilich als Ergebnis der Planfeststellung herauskam, sah anders aus. 17 geplante Flüge in der sogenannten „Mediationsnacht“ von 23 bis 5 Uhr, über 150 in der gesetzlichen Nacht zwischen 22 und 6 Uhr. Von „Nachtruhe“ können Hunderttausende nur träumen, obwohl längst erwiesen ist, dass Fluglärm auf Dauer krank macht.

Eine Studie im Umkreis des Flughafens Köln-Bonn führte zum Ergebnis, dass Fluglärm insbesondere in der zweiten Nachthälfte erheblichen Einfluss auf die Häufigkeit der Einnahme und die Mengen verordneter Arzneimittel hat. Blutdrucksenkende Mittel und Arzneien zur Behandlung von Herz- und Kreislauferkrankungen wurden in Gebieten mit starker Lärmbelastung häufiger verordnet, als in weniger oder kaum durch Fluglärm belasteten Gebieten.

Zu ganz ähnlichen Schlüssen gelangte eine mehrmonatige Feldstudie im Umland des Frankfurter Flughafens. Das Untersuchungsgebiet wurde hier ausschließlich durch abfliegenden Flugverkehr (Starts) belastet. Ein Vergleich der Daten mit einer anderen, weniger durch Fluglärm betroffenen Gruppe ergab, dass bei den Menschen im Flughafenumfeld ein signifikanter Anstieg des Blutdrucks in Abhängigkeit vom Lärmpegel zu verzeichnen war.

Lärm kann aber auch die geistige Leistungsfähigkeit beeinträchtigen. So zeigte die in mehreren europäischen Ländern durchge-



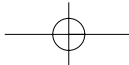
Der geplante Ausbau des Flughafens bedroht nicht nur die Immobilienpreise, sondern ganz massiv auch die Gesundheit der Bewohner.

führte Ranch-Studie bei Kindern im Alter von neun bis zehn Jahren einen signifikanten Zusammenhang zwischen der Verschlechterung des Leseverstehens sowie bestimmter Gedächtnisleistungen und einer zunehmender Fluglärmbelastung an den Schulen.

Für die drei „Zukunft Rhein-Main“-Sprecher, den Mainzer Oberbürgermeister Jens Beutel, den Groß-Gerauer Landrat Enno Siehr und die Hochheimer Bürgermeisterin Angelika Munck, steht deshalb fest: „Spätestens an jenem Punkt, wo nächtlicher Fluglärm zu einer Gefahr für die Gesundheit der Bevölkerung wird, muss ein Verbot von Nachtflügen der Vorrang

vor den wirtschaftlichen Interessen der Luftverkehrsgesellschaften und der Fraport eingeräumt werden.“

Der Hessische Verwaltungsgerichtshof in Kassel hat an der geplanten Nachtflugregelung überraschend deutliche Kritik geübt, die Eilanträge gegen den Planfeststellungsbeschluss aber abgelehnt und Fraport noch vor dem Hauptverfahren die Rodung im Kelsterbacher Wald gestattet. Bis jetzt sind die Lärmbelastungen immer weiter gestiegen, allen gegenteiligen Versprechen zum Trotz. Bei vielen in der Region sorgt dies für einen dicken Hals – und auch der soll der Gesundheit ja nicht gerade förderlich sein. ■



Bürgerinitiativen kämpfen weiter!



Einig in ihrer Haltung zum geplanten Flughafen-Ausbau: Groß-Geraus Landrat Enno Siehr (Zweiter von links), Elisabeth Straßer von „Zukunft Rhein-Main“ und die BI-Sprecher Ingrid Kopp, Ingrid Wagner, Winfried Heuser und Christiane Bremer (von links).



**Christiane Bremer,
IGEL Kelsterbach**

„Wir sind geschockt und empört über die Entscheidung von Kelsterbach. Wir unterstützen weiterhin den Widerstand gegen den Ausbau.“



**Ingrid Wagner,
BI Offenbach**

„Wir bauen weiterhin auf die Einheit der Bürgerinitiativen.“



**Winfried Heuser,
Bündnis der BI's**

„Trotz gewaltiger Lärmbelastungen erlaubt der VGH den Ausbau. Haben unabhängige Richter so entschieden oder Luftverkehrsgehilfen der Luftverkehrswirtschaft?“



**Ingrid Kopp,
BI Wiesbaden**

„Auch nach der Rodung wird die Auseinandersetzung weitergehen. Die Bürgerinitiativen werden weiter zu gewaltfreien Aktionen aufrufen.“

„Arroganz der Macht“

Bürgermeister aus dem Rhein-Main-Gebiet kritisieren die Entscheidung der Kasseler Richter – „Finanzielle Interessen über Schutz der Bürger gestellt“

Mit Ärger und Enttäuschung haben zahlreiche Kommunalpolitiker auf die Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofs Kassel reagiert. Dieser hatte der Fraport AG erlaubt, mit den Rodungsarbeiten zu beginnen, obwohl das Hauptsacheverfahren noch nicht abgeschlossen ist.

Groß-Geraus Landrat Enno Siehr warf den Richtern vor, die Unterlagen nicht sorgfältig geprüft zu haben. Die Städte Mainz und Neu-Isenburg haben das Bundesverfassungsgericht angerufen. Von einem „schwarzen

Tag“ sprach Flörsheims Bürgermeister Michael Antenbrink. Hochheims Bürgermeisterin Angelika Munck sah in der Entscheidung eine „unerträgliche Arroganz der Macht“.

Für Hattersheims Bürgermeister Hans Franssen zeigt das Urteil, „dass finanzielle Interessen über dem Schutz der Bürger stehen“. Mörfelden-Walldorfs Bürgermeister Heinz-Peter Becker wertet die Kritik an den Nachtflügen zumindest als „kleinen Lichtblick“. ■

Adressen und Infos

Fluglärmbeschwerdetelefon der Flughafen Frankfurt/Main AG
Ausbauprogramm Flughafen
60547 Frankfurt/Main
Infotelefon/Fluglärmtelefon: 0800/2345679
Kostenfrei rund um die Uhr besetzt

Kreis Groß-Gerau
Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung und „Zukunft Rhein-Main – Aktion gegen Flughafenausbau“
Kreisausschuss des Kreises Groß-Gerau
Wilhelm-Seipp-Straße 4, 64521 Groß-Gerau
Telefon: 06152/989142
E-Mail: wubf@kreisgg.de
www.zukunft-rhein-main.de

Bündnis der Bürgerinitiativen
„Keine Flughafenerweiterung“
Winfried Heuser
An der Kreuzheck 6, 60529 Frankfurt/Main
Telefon: 069/355464
E-Mail: winfried.heuser@t-online.de
www.flughafen-bi.de

Mainzer Bürgerinitiative gegen die Flughafenerweiterung Rhein-Main
c/o UmweltinformationsZentrum Mainz
Dominikanerstr. 2, 55116 Mainz
E-Mail: mainzerflughafenbi@web.de

BUND LV Hessen
Triftstraße 47, 60528 Frankfurt
Telefon: 069/6773760
Thomas Norgall
E-Mail: bund.hessen@bund.net
www.bund-hessen.de

BUND LV Rheinland-Pfalz
Gärtnergasse 16, 55116 Mainz
Telefon: 06131/231973
E-Mail: bund.rheinlandpfalz@bund.net

Kommunale Arbeitsgemeinschaft Flughafen Frankfurt/Main (KAG)
Wilhelm-Seipp-Str. 4, 64521 Groß-Gerau
Telefon: 06152/989684
E-Mail: kag-ffm@gmx.de
www.kag-flughafen-ffm.de



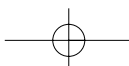
Info-Telefon: 06152/989142 und 989391

Weitere Internetadressen

www.fluglaerm.de
www.ig-fluglaerm.de
www.fluglaerm-frankfurt.de
www.profutura.net
www.rm-institut.de

Impressum

Herausgeber: Kreisverwaltung Groß-Gerau
Presse- und Informationsamt





Einsprüche anmelden!

Die Unterlagen zum geplanten Flughafen-Ausbau liegen vom 23. März bis 23. April erneut aus – **Einwendungen sind bis zum 7. Mai möglich**

Schlampige Arbeit zahlt sich nicht aus – diese Erfahrung hat jetzt der Flughafenbetreiber Fraport machen müssen. In den Verfahren zum geplanten Flughafen-Ausbau hat er alle Bedenken und Hinweise vom Tisch wischen wollen, an fehlerhaften Unterlagen festgehalten und versucht, möglichst schnell zum Ziel zu kommen.

Die Seriosität der Gutachter von Zukunft Rhein-Main (ZRM), die etwas genauer hingeschaut haben, als es sich die Ausbaubefürworter gewünscht haben, wurde immer wieder in Zweifel gezogen. Letztlich hatte die Fraport damit aber keinen Erfolg. Die guten Argumente der ZRM-Gutachter, die intensiven Diskussionen beim Erörterungstermin und weit über 120.000 Einwendungen aus der Region haben den hessischen Wirtschaftsminister veranlasst, die erneute Offenlegung der Unterlagen anzuordnen. Das ist eine Ohrfeige für den Flughafenbetreiber, der von der Landesregierung meist recht wohlwollend behandelt wird.

Vom 23. März bis 23. April können die 65 Aktenordner zum Ausbaufahren in 63 Kommunen der Rhein-Main-Region eingesehen werden. Ein etwa 50 Seiten starkes Lesehandbuch soll Orientierung bieten, doch dürfte es sich nach den Erfahrungen bei der Offenlegung Anfang 2005 lohnen, etwas tie-

fer einzusteigen – schließlich haben die Gutachter und Anwälte der Kommunen und der Initiative Zukunft Rhein-Main genügend fragwürdige Punkte gefunden. Einer davon ist die Luftverkehrsprognose, die für das Jahr 2020 von 657.000 auf 701.000 Flugbewegungen angehoben wurde. Tatsächlich dürften sogar 900.000 Flugbewegungen möglich sein.

Die Änderungen gegenüber den ursprünglichen Unterlagen sind laut Ankündigung farblich markiert. Wer glaubt, durch die Änderungen stärker als bislang geplant belastet zu werden, hat im Zuge der Offenlegung die Chance, eine Einwendung gegen den geplanten Flughafen-Ausbau abzugeben. Bereits eingereichte Einwendungen gelten fort, können aber ergänzt werden.

Zeit, seine Bedenken zu äußern, besteht bis zum 7. Mai. Wichtig ist: Nur wer jetzt einen Einspruch abgibt, hat später in einem gerichtlichen Verfahren auch die Möglichkeit, Ansprüche anzumelden. Eingereicht werden müssen die Einwendungen beim Regierungspräsidium in Darmstadt, Luisenplatz 2, 64283 Darmstadt. Nutzen Sie die Chance – denn wie viel sich bewegen lässt, hat bereits die erste Offenlegung gezeigt. Ohne die starke Beteiligung aus der Bevölkerung wäre es wohl kaum dazu gekommen, dass der Flughafenbetreiber nacharbeiten muss. ■

Liebe Mitbürgerinnen, liebe Mitbürger!

In den nächsten Wochen werden in vielen Städten und Gemeinden des Kreises Groß-Gerau wieder über 60 Aktenordner zum geplanten Flughafen-Ausbau ausliegen und können öffentlich eingesehen werden. Fraport will damit noch mehr Fluglärm und Schadstoffe vor unserer Haustür rechtfertigen.



Das es zu einer erneuten Auslegung kommt, verdanken wir den über 120.000 Einwendern aus der Rhein-Main-Region und den klugen Argumenten unserer Gutachter und Anwälte.

Die haben immer wieder Fehler in den Antragsunterlagen aufgedeckt, so dass es den Ausbaubefürwortern nicht gelang, die Seriosität unserer Gutachter zu erschüttern. Das Wirtschaftsministerium kam schließlich nicht umhin, den Flughafenbetreiber zum Überarbeiten der Unterlagen zu zwingen. Belastungen verschleiern zu wollen und mit Versprechungen die „Segnungen der schönen neuen Flughafenwelt“ zu preisen – diese Methode hatte keinen Erfolg.

Unserem Kreis, aber auch der gesamten Region werden in Studien hohe Zukunftschancen attestiert – und das keineswegs nur wegen des Flughafens. Wenn wir unsere Spitzenposition behalten wollen, müssen wir aber auch für ein Umfeld sorgen, das die Menschen gerne hier leben lässt. Ich verspreche Ihnen deshalb: Die Initiative Zukunft Rhein-Main wird alles dafür tun, die Interessen der Region zu vertreten und für einen fairen Ausgleich zwischen Wirtschaft und Lebensqualität zu sorgen.

An Sie richte ich die Bitte, die erneute Offenlegung der Planunterlagen zu nutzen. In der Vergangenheit haben wir bewiesen, dass sich gemeinsam einiges bewegen lässt. Wichtige Informationen zu diesem Thema finden Sie im 15. Extrablatt unserer Initiative.

Eine interessante Lektüre wünscht

Enno Siehr

Landrat des Kreises Groß-Gerau



Gute Nacht, Rhein-Main? An ruhigen Schlaf ist wohl kaum mehr zu denken, wenn es zum Ausbau des Frankfurter Flughafens kommen sollte.

Gründe für die Einwendung

Sie wollen eine Einwendung gegen den Flughafenausbau schreiben, weil Sie durch die Änderung der Planunterlagen betroffen sind, wissen aber nicht genau, wie der Einspruch aussehen soll? Das Extrablatt nennt Ihnen **fünf gute Gründe** für Ihr persönliches Einwendungsschreiben. Bereits erhobene Einwendungen gelten fort. Außerdem können Sie sich auf Einwendungen der Kommunen stützen. Muster für ihren Einspruch finden Sie darüber hinaus im Internet unter www.zukunft-rhein-main.de.

1) Steigerung der Flugbewegungen

Die geplante Steigerung von 657.000 auf 701.000 Flugbewegungen hat spürbare Auswirkungen auf Umwelt und Lärmentwicklung. Die zu erwartenden höheren Belastungen sind ein wichtiges Argument.

2) Gesundheitsbeeinträchtigungen

Ihre Einwände gegen den Ausbau können Sie mit erheblichen Fluglärmbeeinträchtigungen an Ihrem Wohnort begründen. Die Lärmzunahme lässt Gesundheitsbeeinträchtigungen erwarten, von 22 bis 6 Uhr bedarf es absoluter Nachtruhe. Sie können fordern, dass neueste Erkenntnisse der Lärmwirkungsfor-schung herangezogen werden.

3) Immobilien

Durch mehr Flugbewegungen sind bei Häusern Wertminderungen zu erwarten. Das stellt eine Grundrechtsverletzung dar.

4) Natur

Die Zerstörung von 273 Hektar Kelsterbacher Wald kann ausdrücklich gerügt werden. Wertvolle FFH-Gebiete werden zerstört, was gegen europäisches Naturschutzrecht verstößt.

5) Risiken

Nicht beseitigt sind enorme Risiken. Hierzu zählen der Vogelschlag und die Tanklager in der Nachbarschaft des Flughafens.

„Jede Chance zum Protest nutzen“

Die westlich des Flughafens am Main gelegene Stadt Flörsheim (19.950 Einwohner) ist stark von Fluglärm betroffen. Das Extrablatt sprach mit Bürgermeister Michael Antenbrink (51/SPD) über **die erneute Offenlegung im Rahmen des Ausbaufahrens**.

Extrablatt: Herr Bürgermeister Antenbrink, weshalb steht die Stadt Flörsheim der Flughafenerweiterung so kritisch gegenüber?



Michael Antenbrink: Die Stadt Flörsheim ist kein Gegner des Flughafens, sondern lediglich des Ausbaus. Wir wenden uns gegen den geplanten Ausbau, da das Maß des erträglichen Lärms für die Bevölkerung derzeit schon - und erst recht mit dem Ausbau - überschritten ist. Darüber hinaus zweifle ich an den Beteuerungen zur Einführung eines Nachtflugverbots. Hier fehlt jede Form der Verlässlichkeit.

EB: Welche Entwicklungschancen hätte Flörsheim im Ausbaufall denn noch?

M.A.: Flörsheim kann sich im Falle des Ausbaus nur noch in seinem nördlichsten Stadtteil Weilbach entwickeln. Seit den fünfziger Jahren wurde die Kernstadt halbkreisartig vom Main ausgehend entwickelt. Eine andere Bebauung war uns aufgrund der stadtplanerischen Randbedingungen versagt. Gegen die Siedlungsentwicklung in der Kernstadt hatte die Fraport AG in den förmlichen Bebauungsplanverfahren nie Einwände. Das Gebiet, in dem viele Bürgerinnen und Bürger ihre Heimat gefunden haben, in dem eine Schule, ein Schulkinderhaus und Spiel-

plätze gebaut wurden, soll in 270 Metern Höhe überflogen werden. Das ist sehr bitter für die Menschen.

EB: Gibt die Stadt eine Einwendung ab?

M.A.: Sicher gibt die Stadt eine erneute Einwendung ab. Wir werden jede Chance nutzen, unseren Standpunkt deutlich zu machen. Unsere Anstrengungen haben dazu geführt, dass eine erneute Offenlegung erforderlich geworden ist. Ursprünglich ging Fraport von knapp 660.000 Flugbewegungen aus, jetzt sind es 701.000. Wir sind aber davon überzeugt, dass mehr als 900.000 nach dem Ausbau möglich sind. Dies muss das Maß für alle zusätzlichen Belastungen sein.

EB: Was raten Sie den Bürgern. Sollen auch sie erneut aktiv werden?

M.A.: Die Bürgerinnen und Bürger sollten ebenfalls jede Chance zum Protest nutzen. Wir werden ihnen zusammen mit unseren Anwälten bei einer Veranstaltung in der Stadthalle im März Gelegenheit geben, sich hierzu umfassend zu informieren. Ich weiß, dass dieses gigantische Verfahren für viele nicht so einfach zu verstehen ist. Eine Einwendung ist aber nie umsonst. Ich weise nur darauf hin, dass die Bahn schon vor der Fußballweltmeisterschaft in Betrieb genommen werden sollte.

Adressen und Infos

Fluglärmbeschwerdetelefon der Flughafen Frankfurt/Main AG
Ausbauprogramm Flughafen
60547 Frankfurt/Main
Infotelefon/Fluglärmtelefon: 0800/2345679
Kostenfrei rund um die Uhr besetzt

Kreis Groß-Gerau
Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung und „Zukunft Rhein-Main – Aktion gegen Flughafenausbau“
Kreisausschuss des Kreises Groß-Gerau
Wilhelm-Seipp-Straße 4, 64521 Groß-Gerau
Telefon: 06152/989142
E-Mail: wubf@kreisgg.de
www.zukunft-rhein-main.de

Regionales Dialogforum (RDF)
Bürgerbüro
Diesterwegstraße 10, 60594 Frankfurt
Telefon: 069/60504464
E-Mail: info@dialogforum-flughafen.de
www.dialogforum-flughafen.de

Bündnis der Bürgerinitiativen
„Keine Flughafenerweiterung“
Winfried Heuser
An der Kreuzheck 6, 60529 Frankfurt/Main
Telefon: 069/355464
E-Mail: winfried.heuser@t-online.de
www.flughafen-bi.de

Mainzer Bürgerinitiative gegen die Flughafenerweiterung Rhein-Main
c/o UmweltinformationsZentrum Mainz
Dominikanerstr. 2, 55116 Mainz
E-Mail: mainzerflughafenbi@web.de

BUND LV Hessen
Triftstraße 47, 60528 Frankfurt
Telefon: 069/6773760
Thomas Norgall
E-Mail: bund.hessen@bund.net
www.bund-hessen.de

BUND LV Rheinland-Pfalz
Gärtnergasse 16, 55116 Mainz
Telefon: 06131/231973
E-Mail: bund.rheinlandpfalz@bund.net

Kommunale Arbeitsgemeinschaft Flughafen Frankfurt/Main (KAG)
Wilhelm-Seipp-Str. 4, 64521 Groß-Gerau
Telefon: 06152/989684
E-Mail: kag-ffm@gmx.de
www.kag-flughafen-ffm.de



Aktion gegen Flughafen-Ausbau

Info-Telefon: 06152/989142 und 989391

Weitere Internetadressen

www.fluglaerm.de
www.ig-fluglaerm.de
www.mediation-flughafen.de
www.profutura.net
www.rm-institut.de

Impressum

Herausgeber: Kreisverwaltung Groß-Gerau
Presse- und Informationsamt



Mängel offenkundig!

Wirtschaftsminister zwingt Fraport zu erneuter Offenlegung der Planunterlagen – Kritische Haltung von Zukunft Rhein-Main bestätigt

Willkürliche Lärm-Grenzwerte, veraltetes Datenmaterial, überholte Angaben zur demographischen Entwicklung und Annahmen, die den tatsächlichen Belastungen von Mensch und Umwelt kaum entsprechen – die Mängelliste bei den von Fraport eingereichten Unterlagen und Gutachten zum Flughafenausbau ist lang. Die Initiative Zukunft Rhein-Main hat hierauf immer wieder hingewiesen und ist in ihrer Haltung nun bestätigt worden. Der Hessische Wirtschaftsminister hat im November verfügt, dass die Unterlagen zum Flughafenausbau erneut öffentlich ausgelegt werden müssen.

Mit weit über 120.000 schriftlichen Einwendungen, den intensiven Diskussionen beim Erörterungstermin in Offenbach und durch ein qualifiziertes Gutachten der Initiative Zukunft Rhein-Main ist es gelungen, eine neue Luftverkehrsprognose zu erzwingen, die ohne das Engagement der Ausbaugesner wohl nicht erstellt worden wäre.

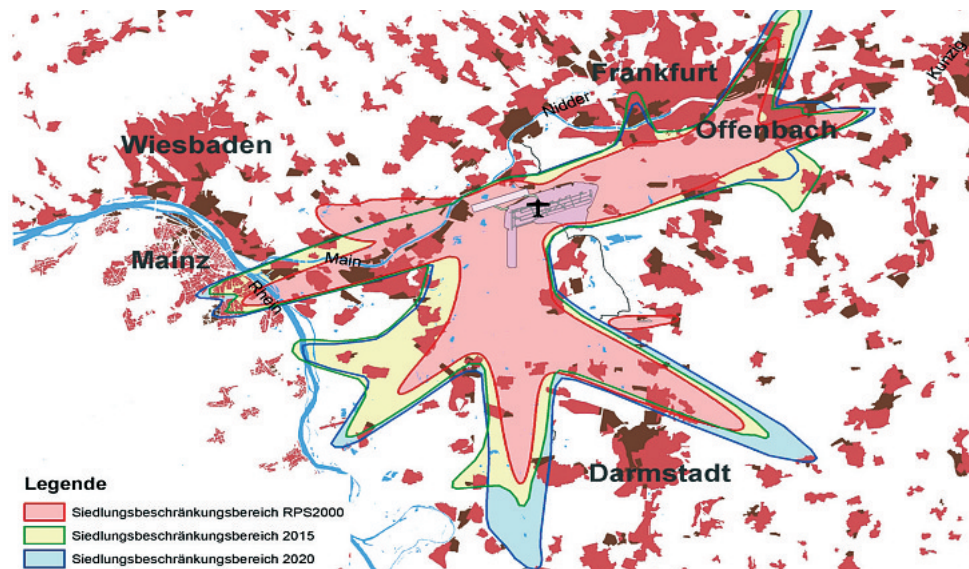
Diese Prognose hat jetzt den Minister zur Entscheidung gezwungen, die Unterlagen erneut offen zu legen. Die neue Vorhersage verheißt für die Region allerdings nichts Gutes. War bislang immer von 657.000 Flugbewegungen nach dem Ausbau die

Rede, sind es inzwischen schon 701.000, was für die ohnehin lärmgeplagte Bevölkerung im Rhein-Main-Gebiet eine weitere Zunahme des Fluglärms bedeutet.

Ob diese Zahl später aber tatsächlich die Obergrenze bildet, darf bezweifelt werden. Anhand der technischen Kapazitäten auf einem erweiterten Bahnsystem gehen die Gutachter der Initiative Zukunft Rhein-Main davon aus, dass bis zu 900.000 Flugbewegungen möglich sein werden. Nur zum Vergleich: Gegenwärtig sind es etwa 490.000, nach dem Ausbau könnte der Flughafen theoretisch fast doppelt so viele Flüge abwickeln.

Wie die erneute Offenlegung im Detail ablaufen soll, steht gegenwärtig noch nicht fest. Voraussichtlich im Frühjahr 2007 werden die Bürgerinnen und Bürger erneut das Recht haben, die Planfeststellungsunterlagen für einen Monat einzusehen. Gegenüber der ersten Auslegung wurde der Kreis, in dem Gelegenheit zur Einsichtnahme besteht, von 57 auf 63 Kommunen erweitert.

Einzelheiten zur Offenlegung werden sich im nächsten Extrablatt und in der Tagespresse finden. ■



Keine Entwicklung mehr: In den farbigen Zonen werden die Städte und Gemeinden auf neue Baugebiete verzichten müssen.

**Liebe Mitbürgerinnen,
liebe Mitbürger!**

Gute Arbeit zahlt sich aus. Diesen Beweis hat die Initiative Zukunft Rhein-Main mit ihren Gutachten zum Thema Flughafenausbau angetreten. Hatte Fraport im Anhörungsverfahren immer wieder die Seriosität unserer Gutachter in Frage gestellt, so zeigt sich nun, dass sie genauer gearbeitet haben als die des Flughafenbetreibers.



Die Ankündigung des Hessischen Wirtschaftsministers, die Unterlagen zum geplanten Flughafenausbau in überarbeiteter Form neu auszulegen und in 63 Kommunen erneut die Öffentlichkeit zu beteiligen, ist eine schallende Ohrfeige für Fraport.

Im Laufe des Anhörungsverfahrens, aber auch bereits davor, haben wir wiederholt darauf hingewiesen, dass die vom Flughafenbetreiber angeführten Flugbewegungen entschieden zu niedrig angesetzt seien, Fraport mit veraltetem Zahlenmaterial operiere und die Angaben über die Belastungen von Mensch und Umwelt keiner Überprüfung stand halten werden. Über unsere guten Argumente aber hat sich Fraport meist hinweggesetzt. Der Flughafenbetreiber wäre gut beraten, die Zahlen nun nicht im Schnelldurchgang korrigieren zu wollen.

Die erneute Offenlegung ist ein Erfolg unserer Initiative, die Wohnen und Arbeiten in Einklang bringen und die Balance in der Region wahren will. Der größte Flughafen hilft nichts, wenn dringend benötigte Fachkräfte abwandern, weil sie andernorts bessere Lebensbedingungen vorfinden.

Zugleich bietet die erneute Offenlegung die Chance, Einwände gegen den Flughafenausbau vorzubringen. Dass dies kein aussichtsloses Unterfangen ist, belegen die Erfolge unserer Initiative.

Eine interessante Lektüre wünscht

Enno Siehr
Landrat des Kreises Groß-Gerau

Erneute Offenlegung – was heißt das?

Der Hessische Wirtschaftsminister hat entschieden, dass die Unterlagen zum Flughafen-ausbau erneut offen gelegt werden müssen. **Auf einige der wichtigsten Fragen im Zusammenhang mit der erneuten Auslegung der Unterlagen finden Sie hier Antworten.**

Was bedeutet die erneute Planauslegung?

In allen Kommunen, in denen die Unterlagen bereits 2005 ausgelegt haben, erhalten die Bürgerinnen und Bürger nun erneut die Chance, Einsicht in die Akten zu nehmen. Außerdem wurde der Kreis der Städte und Gemeinden, in denen die Unterlagen ausliegen, um sechs Kommunen erweitert. Als Termin ist das Frühjahr 2007 vorgesehen, der genaue Termin soll noch bekannt gegeben werden.

Gelten die Einwendungen aus dem Jahr 2005 weiter?

Ja. Wer im Anhörungsverfahren 2005 eine Einwendung abgegeben hat, darf sicher sein, dass diese weiter gilt. Jedem, der schon im vergangenen Jahr seine Einwände dokumentiert hat, steht es allerdings frei, erneut eine Einwendung abzugeben.

Können im Rahmen der Planauslegung

2007 neue Einwendungen abgegeben werden?

Ja. Grundsätzlich kann jeder, der vom Flughafen-ausbau betroffen ist oder ihn aus anderen Gründen ablehnt, eine Einwendung abgeben – auch dann, wenn er 2005 noch nicht zu den Einwendern zählte. Wichtig ist die Einhaltung der Einwendungsfristen, denn nur dann bleibt später der Weg zu den Gerichten offen.

Muss es einen neuen Erörterungstermin geben?

Ob es einen weiteren Erörterungstermin geben wird, steht im Ermessen der zuständigen Behörde. Sprechen gewichtige Gründe für einen solchen Termin, dann wird es für die Behörde schwierig, davon abzusehen. Ansonsten könnte ein Verfahrensfehler drohen, aus dem womöglich juristische Auseinandersetzungen und erhebliche zeitliche Verzögerungen erwachsen. ■

Ticona-Stillegung: Risiken bleiben

650 Millionen Euro – das ist dem Flughafen-Betreiber Fraport die Beseitigung des Sicherheitsrisikos Ticona wert. Bei einem Ausbau des Frankfurter Flughafens wäre das zum US-Konzern Celanese gehörende Kelsterbacher Chemiewerk in einer Höhe von nur 70 Metern überflogen worden. Auf die verheerenden Folgen eines Flugzeugabsturzes auf das Werksgelände hatten Fachleute wiederholt hingewiesen. Dennoch haben Fraport und die Landesregierung lange Zeit versucht, das Problem herunterzuspielen. In den ersten Unterlagen war von Ticona noch nicht einmal die Rede, das Chemiewerk war schlicht vergessen worden.

Dass es sich keineswegs um eine zu vernachlässigende Größe handelt, zeigt die jetzige Einigung. Fraport zahlt weit über eine halbe Milliarde Euro dafür, dass Ticona mit seinen 1000 Mitarbeitern den Betrieb in Kelsterbach bis zum 30. Juni 2011 einstellt und die Grundstücke nach Beseitigung aller Werksanlagen an Fraport übertragen werden. Außerdem soll das Chemieunternehmen alle Einwendungen und Klagen gegen Bestand und Ausbau des Frankfurter Flughafens zurücknehmen.

Die Initiative Zukunft Rhein-Main hat schon zu einem frühen Zeitpunkt auf die Ticona-Problematik aufmerksam gemacht. Der jetzige Deal bestätigt ihre Einschätzung, dass hier ein gravierendes Sicherheitsrisiko besteht. Nun soll eine Gefährdung beseitigt werden, doch bleiben andere Risiken wie der weithin unterschätzte Vogelschlag. Und sollte die Kapazität am Frankfurter Flughafen tatsächlich fast verdoppelt werden, erhöht sich auch das Absturzrisiko entsprechend.

Natur und Ruhe kann man nicht kaufen. Der BUND streitet auch für Ihre Rechte und erbittet eine Spende: BUND Hessen, Frankfurter Sparkasse, BLZ 500 502 01, Konto 369 853, Verwendungszweck Spende Kein Flughafen-ausbau. Herzlichen Dank!

Adressen und Infos

Fluglärmbeschwerdetelefon der Flughafen Frankfurt/Main AG
Ausbauprogramm Flughafen
60547 Frankfurt/Main
Infotelefon/Fluglärmtelefon: 0800/2345679
Kostenfrei rund um die Uhr besetzt

Kreis Groß-Gerau
Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung und „Zukunft Rhein-Main – Aktion gegen Flughafen-ausbau“
Kreisausschuss des Kreises Groß-Gerau
Wilhelm-Seipp-Straße 4, 64521 Groß-Gerau
Telefon: 06152/989142
E-Mail: wubf@kreisgg.de
www.zukunft-rhein-main.de

Regionales Dialogforum (RDF)
Bürgerbüro
Diesterwegstraße 10, 60594 Frankfurt
Telefon: 069/60504464
E-Mail: info@dialogforum-flughafen.de
www.dialogforum-flughafen.de

Bündnis der Bürgerinitiativen
„Keine Flughafen-erweiterung“
Winfried Heuser
An der Kreuzheck 6, 60529 Frankfurt/Main
Telefon: 069/355464
E-Mail: winfried.heuser@t-online.de
www.flughafen-bi.de

Mainzer Bürgerinitiative gegen die Flughafen-erweiterung Rhein-Main
c/o Umweltinformationszentrum Mainz
Dominikanerstr. 2, 55116 Mainz
E-Mail: mainzerflughafenbi@web.de

BUND LV Hessen
Triftstraße 47, 60528 Frankfurt
Telefon: 069/6773760
Thomas Norgall
E-Mail: bund.hessen@bund.net
www.bund-hessen.de

BUND LV Rheinland-Pfalz
Gärtnergasse 16, 55116 Mainz
Telefon: 06131/231973
E-Mail: bund.rheinlandpfalz@bund.net

Kommunale Arbeitsgemeinschaft Flughafen Frankfurt/Main (KAG)
Wilhelm-Seipp-Str. 4, 64521 Groß-Gerau
Telefon: 06152/989684
E-Mail: kag-ffm@gmx.de
www.kag-flughafen-ffm.de



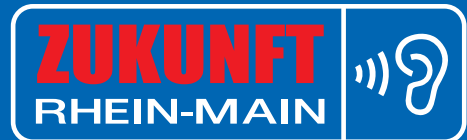
Info-Telefon: 06152/989142 und 989391

Weitere Internetadressen

www.fluglaerm.de
www.ig-fluglaerm.de
www.mediation-flughafen.de
www.profutur.net
www.rm-institut.de

Impressum
Herausgeber: Kreisverwaltung Groß-Gerau
Presse- und Informationsamt

EXTRABLATT



Februar 2006 / Nr. 13

Aktion gegen Flughafen-Ausbau

Auf tönernen Füßen

Argumente für Flughafen-Ausbau nicht haltbar – Initiative Zukunft Rhein-Main sieht ihre Position durch den Erörterungstermin gestärkt

„Die von Fraport vorgebrachten Argumente zum Flughafenausbau stehen auf tönernen Füßen“ – so lautet die Zwischenbilanz der Initiative Zukunft Rhein-Main zum Erörterungstermin in der Offenbacher Stadthalle. Ihr gelang hier der Nachweis, dass die eingereichten Unterlagen und Gutachten der Fraport an zentralen Punkten fehlerhaft und unvollständig sind.

Für die Initiative brachte der Erörterungstermin eine Reihe von Erfolgen: So belegten von der Initiative beauftragte Gutachter, dass Fraport willkürliche Lärm-Grenzwerte festgesetzt hatte, denen keinerlei gesicherte lärmmedizinische Kenntnisse zugrunde liegen. Mit einem aufwendigen Simulationsverfahren zeigte Zukunft Rhein-Main, wie viele Starts und Landungen am Frankfurter Flughafen tatsächlich möglich sein werden. Statt der von Fraport behaupteten 657.000 sind es rund 900.000, mit vielfältigen Auswirkungen nicht nur auf die Lärmbelastung, sondern auch auf den Verkehr am Boden sowie Umwelt und Natur.

„Die Planfeststellung geht von völlig falschen Voraussetzungen aus“, betont Zukunft Rhein-Main. Insbesondere gilt dies für die vom Flughafenbetreiber vorgelegten Da-

ten zur Luftverkehrsprognose. Auch das Darmstädter Regierungspräsidium hat die Gutachten der Fraport als „zumindest überarbeitungsbedürftig“ eingestuft. Veraltete Basisdaten, ein zu kurzer Prognosezeitraum, überholte Angaben zur demographischen sowie zur Entwicklung der Luftverkehrspreise führen zu einer kapitalen Fehleinschätzung der Passagiernachfrage. Während Fraport von einer durchschnittlichen Steigerung um jährlich vier Prozent ausgeht, lag das Passagierwachstum zwischen 2000 und 2005 real bei nur 1,1 Prozent pro Jahr. Falls sich diese Entwicklung fortsetzt, wäre der Ausbau des Flughafens überflüssig, weil die dann für das Jahr 2015 erwartete Zahl von 70 Millionen Passagieren auch mit dem bestehenden Bahnsystem zu bewältigen ist.

Fehlende Unterlagen zum Naturschutz, die mangelhafte Verkehrsanbindung des Terminals 3, die Vernachlässigung einer großen Chemiefabrik und die Verharmlosung des Vogelschlagrisikos sind nur einige weitere Punkte in einer Liste, die sich mühelos fortsetzen ließe. Für die Initiative Zukunft Rhein-Main ist daher klar: „Dem Antrag auf eine Landebahn nordwestlich des bestehenden Flughafens kann nicht entsprochen werden!“ ■



Nichts geht mehr: Der geplante Flughafen-Ausbau droht den Straßenverkehr in der Rhein-Main-Region dauerhaft zum Erliegen zu bringen.

Liebe Hattersheimerinnen, liebe Hattersheimer!

Im Dezember war ich beim Erörterungstermin in Offenbach und habe einen Bericht aus der Praxis zur Situation von Kindern in so genannten „besonders schutzbedürftigen Einrichtungen“ abgegeben. Die Ignoranz und Überheblichkeit, die mir dort von Fraport entgegenschlug, hat mich tief erschüttert. Die Belange und Bedürfnisse unserer Kinder sind im Planfeststellungsverfahren absolut unterrepräsentiert und nicht ausreichend beachtet und geprüft worden.



Die Fraport-Gutachter gehen – in völliger Verkenntung der Realität – davon aus, dass der Betrieb von Kindertagesbetreuungs-Einrichtungen und der Unterricht an Schulen überwiegend in geschlossenen Räumen stattfinden kann – von kurzer Stoßlüftung in den Pausen abgesehen. Wenn dieses Betriebsmodell der Fraport Wirklichkeit wird und Erziehung und Bildung nur noch in hermetisch abgeriegelten Räumen stattfinden soll, dann können wir „Pisa“ für alle Zeiten vergessen.

Unsere Kinder haben ein Recht, draußen zu spielen, zu lernen und Natur zu erleben. 440 Überflüge täglich in einer Höhe von 120m an der Südspitze von Eddersheim - können Sie das akzeptieren? Selbstverständlich nicht!

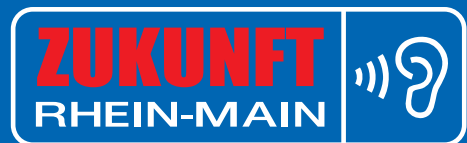
Deshalb unterstützen Sie weiterhin die Menschen, die sich dieser pseudo-demokratischen Veranstaltung gegenüber stellen und nein sagen zu einem unsinnigen Ausbau des Flughafens. Machen Sie von Ihrem Recht der Akteneinsicht Gebrauch!

Setzen wir uns ein für die Kinder von Hattersheim, Eddersheim, Okriftel und der gesamten Region! Sie brauchen mehr denn je unseren Schutz!

Ihre

Brigitte Seidler
Leiterin des Schulkinderhauses an der Robinsonschule

EXTRABLATT



Februar 2006 / Nr. 13

Aktion gegen Flughafen-Ausbau

Auf tönernen Füßen

Argumente für Flughafen-Ausbau nicht haltbar – Initiative Zukunft Rhein-Main sieht ihre Position durch den Erörterungstermin gestärkt

„Die von Fraport vorgebrachten Argumente zum Flughafen-Ausbau stehen auf tönernen Füßen“ – so lautet die Zwischenbilanz der Initiative Zukunft Rhein-Main zum Erörterungstermin in der Offenbacher Stadthalle. Ihr gelang hier der Nachweis, dass die eingereichten Unterlagen und Gutachten der Fraport an zentralen Punkten fehlerhaft und unvollständig sind.

Für die Initiative brachte der Erörterungstermin eine Reihe von Erfolgen: So belegten von der Initiative beauftragte Gutachter, dass Fraport willkürliche Lärm-Grenzwerte festgesetzt hatte, denen keinerlei gesicherte lärmmedizinische Kenntnisse zugrunde liegen. Mit einem aufwendigen Simulationsverfahren zeigte Zukunft Rhein-Main, wie viele Starts und Landungen am Frankfurter Flughafen tatsächlich möglich sein werden. Statt der von Fraport behaupteten 657.000 sind es rund 900.000, mit vielfältigen Auswirkungen nicht nur auf die Lärmbelastung, sondern auch auf den Verkehr am Boden sowie Umwelt und Natur.

„Die Planfeststellung geht von völlig falschen Voraussetzungen aus“, betont Zukunft Rhein-Main. Insbesondere gilt dies für die vom Flughafenbetreiber vorgelegten Da-

ten zur Luftverkehrsprognose. Auch das Darmstädter Regierungspräsidium hat die Gutachten der Fraport als „zumindest überarbeitungsbedürftig“ eingestuft. Veraltete Basisdaten, ein zu kurzer Prognosezeitraum, überholte Angaben zur demographischen sowie zur Entwicklung der Luftverkehrspreise führen zu einer kapitalen Fehleinschätzung der Passagiernachfrage. Während Fraport von einer durchschnittlichen Steigerung um jährlich vier Prozent ausgeht, lag das Passagierwachstum zwischen 2000 und 2005 real bei nur 1,1 Prozent pro Jahr. Falls sich diese Entwicklung fortsetzt, wäre der Ausbau des Flughafens überflüssig, weil die dann für das Jahr 2015 erwartete Zahl von 70 Millionen Passagieren auch mit dem bestehenden Bahnsystem zu bewältigen ist.

Fehlende Unterlagen zum Naturschutz, die mangelhafte Verkehrsanbindung des Terminals 3, die Vernachlässigung einer großen Chemiefabrik und die Verharmlosung des Vogelschlagrisikos sind nur einige weitere Punkte in einer Liste, die sich mühelos fortsetzen ließe. Für die Initiative Zukunft Rhein-Main ist daher klar: „Dem Antrag auf eine Landebahn nordwestlich des bestehenden Flughafens kann nicht entsprochen werden!“ ■



Nichts geht mehr: Der geplante Flughafen-Ausbau droht den Straßenverkehr in der Rhein-Main-Region dauerhaft zum Erliegen zu bringen.

Liebe Mainzerinnen, liebe Mainzer!

Die vor dem Verwaltungsgerichtshof in Kassel erreichte Akteneinsicht hat es an den Tag gebracht: Im hessischen Wirtschaftsministerium wurde bereits an Details des Planfeststellungsbeschlusses gefeilt, bevor das Anhörungsverfahren zum Flughafen-Ausbau überhaupt begonnen hat.



Wir halten das für einen Affront gegen alle Bürger, die sich mit ihren Einwendungen am Verfahren beteiligt haben. Nur zur Erinnerung: Das Planfeststellungsverfahren samt Anhörung soll die Grundlagen für eine Entscheidung schaffen. Ganz offensichtlich ist diese aber schon gefallen. Wer hier von einem „ergebnisoffenen Verfahren“ spricht, täuscht bewusst die Öffentlichkeit.

Während wir in einer fairen Auseinandersetzung für die Rechte unserer Bürgerinnen und Bürger eintreten wollen, hat die Gegenseite anscheinend schon sehr klare Vorstellungen davon, wie das Endergebnis aussehen sollte. Partnerschaftliches Verhalten und die oft beschworene gute Nachbarschaft sehen aus Mainzer Sicht anders aus.

Für viel zu knapp bemessen halten wir die Fristen für die Akteneinsicht, zu der alle berechtigt sind, die Einwendungen erhoben haben. Aus unserer Sicht muss das laufende Anhörungsverfahren jetzt abgebrochen oder zumindest für längere Zeit ausgesetzt werden.

Mehr zu diesen Themen finden Sie im mittlerweile 13. Extrablatt der Initiative Zukunft Rhein-Main, das Sie in den Händen halten.

Eine interessante Lektüre wünschen Ihnen

Jens Beutel Wolfgang Reichel
Oberbürgermeister Umweltdezernent

EXTRABLATT



Februar 2006 / Nr. 13

Aktion gegen Flughafen-Ausbau

Auf tönernen Füßen

Argumente für Flughafen-Ausbau nicht haltbar – Initiative Zukunft Rhein-Main sieht ihre Position durch den Erörterungstermin gestärkt

„Die von Fraport vorgebrachten Argumente zum Flughafen-Ausbau stehen auf tönernen Füßen“ – so lautet die Zwischenbilanz der Initiative Zukunft Rhein-Main zum Erörterungstermin in der Offenbacher Stadthalle. Ihr gelang hier der Nachweis, dass die eingereichten Unterlagen und Gutachten der Fraport an zentralen Punkten fehlerhaft und unvollständig sind.

Für die Initiative brachte der Erörterungstermin eine Reihe von Erfolgen: So belegten von der Initiative beauftragte Gutachter, dass Fraport willkürliche Lärm-Grenzwerte festgesetzt hatte, denen keinerlei gesicherte lärmmedizinische Kenntnisse zugrunde liegen. Mit einem aufwendigen Simulationsverfahren zeigte Zukunft Rhein-Main, wie viele Starts und Landungen am Frankfurter Flughafen tatsächlich möglich sein werden. Statt der von Fraport behaupteten 657.000 sind es rund 900.000, mit vielfältigen Auswirkungen nicht nur auf die Lärmbelastung, sondern auch auf den Verkehr am Boden sowie Umwelt und Natur.

„Die Planfeststellung geht von völlig falschen Voraussetzungen aus“, betont Zukunft Rhein-Main. Insbesondere gilt dies für die vom Flughafenbetreiber vorgelegten Da-

ten zur Luftverkehrsprognose. Auch das Darmstädter Regierungspräsidium hat die Gutachten der Fraport als „zumindest überarbeitungsbedürftig“ eingestuft. Veraltete Basisdaten, ein zu kurzer Prognosezeitraum, überholte Angaben zur demographischen sowie zur Entwicklung der Luftverkehrspreise führen zu einer kapitalen Fehleinschätzung der Passagiernachfrage. Während Fraport von einer durchschnittlichen Steigerung um jährlich vier Prozent ausgeht, lag das Passagierwachstum zwischen 2000 und 2005 real bei nur 1,1 Prozent pro Jahr. Falls sich diese Entwicklung fortsetzt, wäre der Ausbau des Flughafens überflüssig, weil die dann für das Jahr 2015 erwartete Zahl von 70 Millionen Passagieren auch mit dem bestehenden Bahnsystem zu bewältigen ist.

Fehlende Unterlagen zum Naturschutz, die mangelhafte Verkehrsanbindung des Terminals 3, die Vernachlässigung einer großen Chemiefabrik und die Verharmlosung des Vogelschlagrisikos sind nur einige weitere Punkte in einer Liste, die sich mühelos fortsetzen ließe. Für die Initiative Zukunft Rhein-Main ist daher klar: „Dem Antrag auf eine Landebahn nordwestlich des bestehenden Flughafens kann nicht entsprochen werden!“ ■



Nichts geht mehr: Der geplante Flughafen-Ausbau droht den Straßenverkehr in der Rhein-Main-Region dauerhaft zum Erliegen zu bringen.

Liebe Mitbürgerinnen, liebe Mitbürger!

Die vor dem Verwaltungsgerichtshof in Kassel erreichte Akteneinsicht hat es an den Tag gebracht: Im hessischen Wirtschaftsministerium wurde bereits an Details des Planfeststellungsbeschlusses gefeilt, bevor das Anhörungsverfahren zum Flughafen-Ausbau überhaupt begonnen hat.



Ich halte das für einen Affront gegen alle Bürger, die sich mit ihren Einwendungen am Verfahren beteiligt haben. Nur zur Erinnerung: Das Planfeststellungsverfahren samt Anhörung

soll die Grundlagen für eine Entscheidung schaffen. Ganz offensichtlich ist diese aber schon gefallen. Wer hier von einem „ergebnisoffenen Verfahren“ spricht, täuscht bewusst die Öffentlichkeit.

Während sich Städte, Kreise und Gemeinden, Verbände und viele tausend Bürgerinnen und Bürger für die berechtigten Interessen der Region einsetzen wollen und dabei auf ein faires Verfahren bauen, hat die Gegenseite anscheinend schon sehr klare Vorstellungen davon, wie das Endergebnis aussehen soll. Partnerschaftliches Verhalten und die oft beschworene gute Nachbarschaft sehen für mich anders aus.

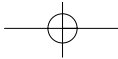
Für viel zu knapp bemessen halte ich die Fristen für die Akteneinsicht, zu der alle berechtigt sind, die Einwendungen erhoben haben. Aus meiner Sicht muss das laufende Anhörungsverfahren jetzt abgebrochen oder zumindest für längere Zeit ausgesetzt werden.

Mehr zu diesen Themen finden Sie im mittlerweile 13. Extrablatt der Initiative Zukunft Rhein-Main, das Sie in den Händen halten.

Eine interessante Lektüre wünscht

Enno Siehr

Landrat des Kreises Groß-Gerau



Akteneinsicht nutzen!

Unterlagen liegen beim Erörterungstermin in der Offenbacher Stadthalle und im Darmstädter Regierungspräsidium aus – Stellungnahmen auf DVD

Lange Zeit hatte das Regierungspräsidium die Ansicht vertreten, dass vom Verfahren zum Flughafen ausbau Betroffene keine Einsicht in die Akten nehmen sollten, weil dies nur zu Verzögerungen führe.

Mit dieser Haltung konnte sich die Behörde jedoch nicht durchsetzen. Anfang Januar ließ der Hessische Verwaltungsgerichtshof die Akteneinsicht zu, so dass nun alle, die eine Einwendung eingereicht haben, einen genaueren Blick in die Unterlagen werfen können.



Ein beachtlicher Berg an Akten: Alle haben das Recht, diese einzusehen.

Für die Initiative Zukunft Rhein-Main hat die Einsichtnahme einige überraschende Erkenntnisse zutage gefördert. Rund drei Monate, bevor der Erörterungstermin am 12. September in Offenbach überhaupt begann, wurde im Hessischen Wirtschaftsministerium bereits an Details zum Planfeststellungsbeschluss gefeilt – das Ergebnis steht für die Landesregierung offensichtlich schon fest, obwohl die Anhörung doch eigentlich erst die Grundlage für eine Entscheidung schaffen soll.

Für Zukunft Rhein-Main ist dieser Vorgang ein weiterer Beleg dafür, dass allen Beteiligten genügend Zeit zum Aktenstudium gegeben werden muss. Sie fordert deshalb den Abbruch oder zumindest eine längere Unterbrechung des Anhörungsverfahrens.

Einzusehen sind die Unterlagen montags, dienstags, donnerstags und freitags von 8 bis 19 Uhr beim Erörterungstermin in der Offenbacher Stadthalle sowie montags bis donnerstags von 8 bis 18 Uhr und freitags von 8 bis 15.30 Uhr im Darmstädter Regierungspräsidium (Wilhelminenstraße 1 bis 3). Auf Antrag kann unter der Rufnummer 069/85098750 eine DVD angefordert werden, die Stellungnahmen aller Behörden und Verbände enthält. ■

Dauer-Stau in Rhein-Main

Wer sich schon jetzt auf dem Weg zur Arbeit über Staus rund um den Flughafen ärgert, darf sich künftig auf noch längere Wartezeiten gefasst machen. Wenn von Mobilitätsgewinn durch den geplanten Flughafen ausbau gesprochen wird, ist das nur die eine Seite der Medaille. Eine andere wird dagegen oft verschwiegen, denn mit der Flughafenenerweiterung droht Verkehrsstillstand in Rhein-Main.

Allein das geplante Terminal 3 verfügt über die Kapazität des Münchner Flughafens. Während dieser gut an den öffentlichen Personennahverkehr angeschlossen ist, soll die Verkehrsanbindung des Terminals 3 fast ausschließlich über die Straße erfolgen. Die Autobahnen rund um Frankfurt sind aber jetzt schon chronisch überlastet, kilometerlange Staus gehören zum Alltagsbild. Verkehrswissenschaftler rechnen damit, dass die Straßen die zusätzlichen Belastungen trotz Ausbaumaßnahmen nicht verkraften und die Staus noch länger werden. Mancher wird wohl versuchen, auf Nebenstrecken auszuweichen – mit der Folge, dass auch in der einen oder anderen Ortsdurchfahrt der Lärmpegel steigt.

Der volkswirtschaftliche Schaden in der Region durch Staus beläuft sich nach vorsichtigen Schätzungen auf 100 Millionen Euro pro Jahr, für etliche Unternehmen stellt dies einen Wettbewerbsnachteil dar. Kommt der Ausbau, wird sich die Summe weiter erhöhen. Im übrigen will Fraport während der neunjährigen Bauphase die Materialanlieferung komplett über Lastwagen abwickeln, Schiff und Bahn spielen in den Überlegungen keine Rolle.

Adressen und Infos

Fluglärmbeschwerdetelefon der Flughafen Frankfurt/Main AG
Ausbauprogramm Flughafen
60547 Frankfurt/Main
Infotelefon/Fluglärmtelefon: 0800/2345679
Kostenfrei rund um die Uhr besetzt

Kreis Groß-Gerau
Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung und „Zukunft Rhein-Main – Aktion gegen Flughafen ausbau“
Kreisausschuss des Kreises Groß-Gerau
Wilhelm-Seipp-Straße 4, 64521 Groß-Gerau
Telefon: 06152/989142
E-Mail: wubf@kreisgg.de
www.zukunft-rhein-main.de

Regionales Dialogforum (RDF)
Bürgerbüro des Regionalen Dialogforums
Im Eichsfeld 4, 65428 Rüsselsheim
Telefon: 06142/798791
www.dialogforum-flughafen.de

Bündnis der Bürgerinitiativen
„Keine Flughafenenerweiterung“
Winfried Heuser
An der Kreuzheck 6, 60529 Frankfurt/Main
Telefon: 069/355464
E-Mail: winfried.heuser@t-online.de
www.flughafen-bi.de

Mainzer Bürgerinitiative gegen die Flughafenenerweiterung Rhein-Main
c/o Umweltinformationszentrum Mainz
Dominikanerstr. 2
55116 Mainz
Email: mainzerflughafenbi@web.de

BUND LV Hessen
Triftstraße 47, 60528 Frankfurt
Telefon: 069/6773760
Thomas Norgall
E-Mail: thomas.norgall@bund.net
www.bund-hessen.net

BUND LV Rheinland-Pfalz
Gärtnergasse 16, 55116 Mainz
Telefon: 06131/231973
E-Mail: bund.rheinlandpfalz@bund.net

Kommunale Arbeitsgemeinschaft Flughafen Frankfurt/Main (KAG)
Wilhelm-Seipp-Str. 4, 64521 Groß-Gerau
Telefon: 06152/989684
E-Mail: kag-ffm@gmx.de
www.kag-flughafen-ffm.de



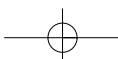
Aktion gegen Flughafen Ausbau

Info-Telefon: 06152/989142 und 989391

Weitere Internetadressen

www.fluglaerm.de
www.ig-fluglaerm.de
www.mediation-flughafen.de
www.profutura.net
www.rm-institut.de

Impressum
Herausgeber: Kreisverwaltung Groß-Gerau
Presse- und Informationsamt





Dreigeteilter Protest?

Durchsichtiges Manöver vor Anhörungstermin - Demonstration an Offenbacher Stadthalle - Region lässt sich nicht auseinanderdividieren

Wer den Erörterungstermin zur A 380-Werft in Mörfelden erlebt hat, kann sich noch gut an die chaotischen Zustände erinnern. Dem Ansturm der Einwenderinnen und Einwender waren die Organisatoren nicht gewachsen, einige mussten sogar draußen bleiben, obwohl sie Anspruch auf Einlass gehabt hätten.

Bei der am 12. September in der Offenbacher Stadthalle beginnenden Anhörung geht es nun nicht mehr um ein Teilprojekt, sondern um den „großen Flughafen-Ausbau“ einschließlich der neuen Nordwest-Landebahn. Waren es bei der A 380-Halle noch 41.000 Einwendungen, sind es nun bereits 127.000 - ein deutlicher Beweis dafür, dass es in der Region spürbaren Widerstand gegen das viel zu groß dimensionierte Projekt gibt.

Um Szenen wie in Mörfelden zu verhindern, hat das Regierungspräsidium in Darmstadt beschlossen, den Eröffnungstermin einfach regional zu teilen. Für Montag, 12. September, sind Einwenderinnen und Einwender aus Frankfurt sowie Stadt und Kreis Offenbach eingeladen. Bürgerinnen und Bürger aus dem Kreis Groß-Gerau, der Stadt Darmstadt und dem Landkreis Darmstadt-Dieburg werden nach Wunsch des Regierungspräsidiums am Dienstag, 13. September, erwartet, während die Bewohnerinnen und Bewohner des Main-Taunus-Kreises, der Stadt Mainz, des Kreises Mainz-Bingen und anderer Kommunen am Donnerstag, 15. September, kommen sollen. Um es an dieser Stelle klar zu sagen: Wer zu dem für ihn vom Regierungspräsidium vorgeschlagenen Termin nicht erscheinen kann, erleidet keine Nachteile!

Ob wirklich nur rein praktische Gründe hierfür ausschlaggebend sind, darf bezweifelt werden. Letztlich geht es wohl auch darum, den Protest zu dritteln und möglichst klein erscheinen zu lassen - schließlich passen Bilder des Widerstands keineswegs ins Konzept der Fraport und der Ausbaubefürworter.

Die Bürgerinitiativen und die Initiative Zukunft Rhein-Main laden daher für den 12. September um 9.30 Uhr zu einer Demonstration vor der Stadthalle ein. Sie wollen zeigen, dass sich die Region nicht auseinanderdividieren lässt!

Kommen Sie zu der Demonstration vor Beginn des Erörterungstermins, auch wenn in der Halle zunächst nur Personen zugelassen sind, die eine Einwendung abgeben haben. Sie können hier ebenso wie die Kreise, Städte und Gemeinden ihre Bedenken gegen das riesige Bauvorhaben vortragen. Beginn an den drei Auftakttagen ist um 10 Uhr, ab 16. September wird dann montags bis freitags von 9.30 bis 19 Uhr beraten. Lediglich der Mittwoch dient als Ruhetag.

Die Dauer der Anhörung wird auf mindestens ein halbes Jahr geschätzt, womöglich ist hierfür sogar noch mehr Zeit einzuplanen. Da nur wenige Privatleute den gesamten Termin verfolgen können, werden die Kommunen versuchen, die Rechte ihrer Bürgerinnen und Bürger in diesem Verfahren zu wahren. ■

**Eine Region wehrt sich
gegen den Flughafenausbau
für ein Nachtflugverbot**

KUNDGEBUNG
zum Beginn des Erörterungstermins
**Montag, 12. September 2005,
9:30 Uhr, Offenbach, Stadthalle**

Bündnis der Bürgerinitiativen „Kein Flughafenausbau - Nachtflugverbot“

www.flughafen-bi.de



**Liebe Mitbürgerinnen,
liebe Mitbürger!**

Sie halten das 12. Extrablatt der Initiative Zukunft Rhein-Main in Händen. Gleich an dieser Stelle gilt Ihnen mein herzlicher Dank: Über 127.000 Einwendungen im Planfeststellungsverfahren zum Flughafenausbau sind eine stolze Zahl. Sie belegen, dass die Region sich wehrt, nicht damit einverstanden ist, immer weiter zugelermt zu werden.

So viele Einwendungen sind keine Selbstverständlichkeit, da sicher jeder Gründe dafür anführen könnte, weshalb er es nicht rechtzeitig geschafft hat, seine Bedenken vorzubringen. Deshalb im Namen unserer Initiative Dank dafür, dass sich so viele Menschen im Rhein-Main-Gebiet dazu entschlossen haben, selbst aktiv zu werden!

Um es allen Kritikern noch einmal zu sagen: Es geht uns nicht darum, den Flughafen an seiner Entwicklung zu hindern. Er soll sich entwickeln dürfen - allerdings in seinen vorhandenen Grenzen. Was wir verhindern möchten, ist eine ungezügelter Expansion. Leben und arbeiten, diese Verbindung muss im Rhein-Main-Gebiet weiter möglich sein. Denn auch die tausendfach versprochenen Arbeitsplätze werden nicht helfen, wenn die Menschen vor Lärm krank werden.

Noch eine Bitte an Sie: Kommen Sie zum Beginn des Erörterungstermins am 12. September zur Offenbacher Stadthalle und zeigen Sie, wie die Region zum geplanten Flughafenausbau steht. Tragen Sie Ihre Einwände vor, und seien Sie sicher: die Kommunen werden alles tun, um in der langwierigen Anhörung Ihre Interessen zu wahren.

Das verspreche ich Ihnen.

Ihr Enno Siehr



Ansturm: Beim Erörterungstermin zum Bau der A 380-Halle herrschten teilweise chaotische Zustände. Gegen den Flughafen-Ausbau gibt es jetzt drei Mal so viele Einwendungen.

Unbedingt hingehen!

Die Stadt Neu-Isenburg (36.000 Einwohner) im Südosten des Frankfurter Airports ist in weiten Teilen stark von Fluglärm betroffen. Das Extrablatt sprach mit Bürgermeister Dirk-Oliver Quilling (CDU) über den Erörterungstermin zum Ausbau.

Extrablatt: Herr Quilling, wie sähen die Folgen eines Flughafenausbaus für Neu-Isenburg aus?



Dirk-Oliver Quilling: Die nächstliegende Anflugschneise des Flughafens verläuft circa 800 Meter nördlich von unserer Wohnbebauung. Schon jetzt ist es dort wegen des Fluglärms viel zu laut. Dies bescheinigt uns auch der renommierte Gutachter für Fluglärm, Herr Dr. Kühner. Besonders betroffen ist dabei Zeppelinheim und das Westend von Neu-Isenburg. Das Ziel des Flughafenausbaus ist eine Steigerung der Anzahl der Flugbewegungen. Das wird den Fluglärm noch steigern, was im Übrigen auch den Gutachten für das Planfeststellungsverfahren zu entnehmen ist. Wir sind nicht bereit, eine solche Verschlechterung der Wohnsituation für Tausende von Menschen in unserer Stadt hinzunehmen und werden uns dagegen, wie bisher, zur Wehr setzen. Bisher wenig beachtet ist die Tatsache, dass die Zunahme der Flugbewegungen auch zu einem höheren Ausstoß bestimmter Luftschadstoffe führt. Im aktuellen Luftreinhalteplan für den Ballungsraum Rhein-Main ist dieses Thema trotz unserer Kritik leider sehr stiefmütterlich abgehandelt worden.

EB: Hat die Stadt aktiv für Einwendungen geworben?

D.-O. Q.: Ja. Durch Mitteilungen in der Presse, Verteilung von Informationen an alle Haushalte und

eine große Informationsveranstaltung in der Hugenottenhalle haben wir uns an alle Bürgerinnen und Bürger gewandt. Außerdem haben wir in Zusammenarbeit mit der Bürgerinitiative alle Einwenderinnen und Einwender des Raumordnungsverfahrens angesprochen und mit Textvorschlägen für Einwendungen versorgt.

EB: Raten Sie Ihren Bürgerinnen und Bürgern, zum Erörterungstermin zu gehen?

D.-O. Q.: Unbedingt! Jede Einwenderin, jeder Einwender hat hier noch mal die Chance, sein Anliegen zu erläutern und zu diskutieren.

EB: Was wird die Stadt beim Erörterungstermin in Offenbach tun?

D.-O. Q.: Wir sind dort dauerhaft durch die Anwaltskanzlei Haldenwang vertreten. Im Rahmen der Zusammenarbeit der Kommunen in der Initiative Zukunft Rhein-Main werden dort auch unsere Fachgutachter Stellung nehmen. Je nach behandeltem Thema werden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus den verschiedenen Fachbereichen unserer Stadtverwaltung bei dem Termin anwesend sein. Ich selber werde auch hingehen, aber bei der geplanten Dauer von einem halben Jahr werde ich mir die Themen herauspicken, die ich für wichtig halte.

EB: Herr Quilling, wir danken Ihnen für das Gespräch.

Adressen und Infos

Fluglärmbeschwerdetelefon der Flughafen Frankfurt/Main AG
Infotelefon/Fluglärmtelefon: 0800/2345679
Kostenfrei rund um die Uhr besetzt

Kreis Groß-Gerau
Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung und „Zukunft Rhein-Main – Aktion gegen Flughafen- ausbau“
Kreisausschuss des Kreises Groß-Gerau
Wilhelm-Seipp-Straße 4, 64521 Groß-Gerau
Telefon: 06152/989142
E-Mail: wubf@kreisgg.de
www.zukunft-rhein-main.de

Regionales Dialogforum (RDF)
Bürgerbüro des Regionalen Dialogforums
Im Eichsfeld 4, 65428 Rüsselsheim
Telefon: 06142/798791
www.dialogforum-flughafen.de

Bündnis der Bürgerinitiativen
„Keine Flughafenerweiterung“
Winfried Heuser
An der Kreuzheck 6, 60529 Frankfurt/Main
Telefon: 069/355464
E-Mail: winfried.heuser@t-online.de
www.flughafen-bi.de

Mainzer Bürgerinitiative gegen die Flughafen- erweiterung Rhein-Main
c/o Bürogemeinschaft 42
Kaiser-Wilhelm-Ring 11, 55118 Mainz
Telefon: 06131/611973

BUND LV Hessen
Triftstraße 47, 60528 Frankfurt
Telefon: 069/6773760
Thomas Norgall
E-Mail: thomas.norgall@bund.net
www.bund-hessen.net

Unterschriften gegen Landesentwicklungsplan:
www.flughafen.unser-forum.de/docs/LEP_UL_Kurz.pdf

BUND LV Rheinland-Pfalz
Gärtnergasse 16, 55116 Mainz
Telefon: 06131/231973
E-Mail: bund.rheinlandpfalz@bund.net

Kommunale Arbeitsgemeinschaft Flughafen Frankfurt/Main (KAG)
Wilhelm-Seipp-Str. 4, 64521 Groß-Gerau
Telefon: 06152/989864
E-Mail: kag-ffm@gmx.de
www.kag-flughafen-ffm.de



Info-Telefon: 06152/989142 und 989391

Weitere Internetadressen
www.fluglaerm.de
www.ig-fluglaerm.de
www.mediation-flughafen.de
www.profutura.net
www.rm-institut.de

Impressum
Herausgeber: Kreisverwaltung Groß-Gerau
Presse- und Informationsamt



Ausbau um jeden Preis?

Die Landesregierung will die Flughafenerweiterung unbedingt durchsetzen – doch vom 17. Januar bis 2. März besteht Gelegenheit zu Einsprüchen

Die Landesregierung will den Ausbau des Frankfurter Flughafens durchsetzen, koste es, was es wolle. Ob eine verbesserte Zusammenarbeit der deutschen Flughäfen und eine Vernetzung mit anderen Verkehrsträgern nicht die bessere Lösung sein könnte, scheint weder Fraport als Flughafenbetreiberin noch die Regierung in Wiesbaden zu interessieren. Eine neue Landebahn muss ganz offensichtlich um jeden Preis her, und was als Erweiterung verkauft wird, ist in Wirklichkeit viel mehr.

Mit der geplanten Bahn, aber auch mit dem so genannten Terminal 3 im Süden des bestehenden Geländes stößt der Airport in eine andere Dimension vor. Die Zahl der Flugbewegungen wird nach Expertenmeinungen von knapp 460.000 pro Jahr auf über 800.000 steigen, die Passagierzahlen sollen sich verdoppeln. Überspitzt formuliert bedeutet dies, dass am Standort Frankfurt - und damit in unmittelbarer Nähe zu zahlreichen Wohngebieten - zum größten kontinentalen Flughafen Europas gleichermaßen ein zweiter hinzukommt.

Die Kommunen im Flughafenumland wehren sich gegen das gigantische Projekt, weil es ihnen fast jede Entwicklungsmöglichkeit nimmt, den Bürgern durch weiteren Anstieg der Lärmbelastung erholsame Aufenthalte im Freien raubt und zu Einschlägen im ohnehin schon spärlichen Wald führt. Der Flughafen hat seine wirtschaftliche Bedeutung, ohne Zweifel. Doch wer in Kelsterbach, Mainz oder Flörsheim unter den Flugschneisen wohnt, weiß auch, dass die Grenzen des Zumutbaren erreicht sind. Kreise, Städte und Gemeinden wollen deshalb die Balance zwischen wirtschaftlichen Interessen und guten Lebensbedingungen wahren.

Mit Offenlegung der Planfeststellungsunterlagen ab 17. Januar geht das Verfahren in seine entscheidende Phase. Wer später Ansprüche anmelden will, muss jetzt Einspruch einlegen - sonst geht er leer aus (ausführliche Informationen zu Einwendungen finden sich auf den Seiten 2 und 3).

Die stichhaltigen Argumente der Region und das Engagement der Bürgerinnen und Bürger führen dazu, dass bereits der Vorschlag unterbreitet wurde auf Anhörungsverfahren zu verzichten. Über Vorhaben in einer solchen Größenordnung sollten künftig der Bundestag oder die Landtage entscheiden, heißt es etwa von der Spitze der Landesregierung - bei den Ausbaubefürwortern lässt sich ein gehöriges Maß an Nervosität feststellen.

Wie wenig Wert den Beschlüssen regionaler Gremien beigemessen wird, zeigt das Beispiel der A 380-Werft: Die Regionalversammlung stimmte dem Projekt zwar zu, lehnte einen Sofortvollzug aber ab, mit dem Ergebnis, das die Landesregierung ihn zwei Tage später anordnete.

Noch gibt es die Möglichkeit, Einfluss zu nehmen und Protest gegen das überdimensionierte Projekt zu bekunden. Im Planfeststellungsverfahren geht es um mehr als eine neue Landebahn. Es geht um die Frage, ob Rhein-Main eine lebenswerte Region bleibt - und deshalb zählt vom 17. Januar bis 2. März jede Einwendung! ■

Nein zum Flughafen Ausbau Frankfurt!



***Ihre Einspruchsfrist:
17. Januar bis 2. März 2005**

Stadt Mainz



Liebe Mitbürgerinnen, liebe Mitbürger!

Wie geht es weiter in Rhein-Main? Diese Frage stellt sich im Jahr 2005. Dabei geht es nicht um irgendwelche Regionalkreismodelle, sondern um Lebensqualität. Wird am Frankfurter Flughafen der Ausbau in Beton gegossen statt nach intelligenten Lösungen zu suchen, gibt es viele Verlierer.

Weite Teile von Rhein-Main würden dann unter einem dichten Lärmteppich liegen, der Neubaugebiete, aber auch die Nutzung von Gärten und Terrassen unmöglich macht. Wichtige Naherholungsräume fielen der Kettensäge zum Opfer, die Schadstoffbelastung steigt weiter - ein abwegiges Szenario ist das nicht.

Der Kreis und viele Städte und Gemeinden wehren sich deshalb gegen den geplanten Flughafenausbau, um die Balance in der Region zu wahren. Mit Offenlegung der Planunterlagen ab 17. Januar tritt das Verfahren in seine entscheidende Phase, in der auch Sie gefordert sind.

Meine Bitte lautet: Wenn Sie Wertverluste an Ihrer Immobilie befürchten oder Angst haben, keine Ruhe mehr zu finden, dann formulieren Sie Ihren Einspruch gegen das Vorhaben. Mit möglichst vielen Einwendungen lässt sich zeigen, dass die Region sich wehrt. Zwar treten auch die Kommunen für die Belange der Bevölkerung ein, können aber nicht stellvertretend für Sie tätig werden. Und nur wer Einspruch einlegt, hat später Anrecht auf Entschädigung oder Lärmschutz.

Viele Städte und Gemeinden haben Ansprechpartner benannt, die Ihnen bei der Formulierung helfen. Auch in der vor Ihnen liegenden 11. Ausgabe des Extrablattes der „Initiative Zukunft Rhein-Main“ finden sich zahlreiche nützliche Adressen.

Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre.

Ihr Enno Siehr
Landrat des Kreises Groß-Gerau

Jede Einwendung zählt!

Wohnen mehrere Personen in einem Haushalt, sollte jede einzeln Einspruch einlegen - Frist von sechs Wochen läuft ab 17. Januar – Regierungspräsidium als Adressat

Die entscheidende Phase im Genehmigungsverfahren zum Bau der Landebahn im Kelsterbacher Wald hat begonnen. Nur wer jetzt seinen Einspruch erhebt, trägt dazu bei, die Landebahn doch noch verhindern zu können. Außerdem ist ein Einspruch unbedingte Voraussetzung dafür, um im Ausbaufall Ansprüche geltend zu machen. Das kann

gesundheitliche Beeinträchtigungen, aber auch die Wertminderung von Immobilien betreffen.

Im jetzigen Planfeststellungsverfahren gilt eine Frist von sechs Wochen. Bei den Städten und Gemeinden sind die Unterlagen ab dem 17. Januar für vier Wochen einzusehen,

Einsprüche können dann bis zum 2. März erhoben werden. Wichtig ist, dass die Einwendung innerhalb dieses Zeitraums beim Darmstädter Regierungspräsidium eintrifft. Geht sie dort vor dem 17. Januar oder nach dem 2. März ein, wird sie nicht berücksichtigt - mit allen Konsequenzen, die sich im Einzelfall ergeben können. Der Adressat für Ihren Einspruch lautet: Regierungspräsidium Darmstadt, Luisenplatz 2, 64283 Darmstadt.



Vereint gegen den Ausbau: Die Sprecher von Zukunft Rhein-Main, der Mainzer Oberbürgermeister Jens Beutel (5. von li.), Groß-Geraus Landrat Enno Siehr (7. von li.) und Flörsheims Bürgermeister Ulrich Krebs (10. von li.), mit Vertretern von Kommunen, Vereinen, Verbänden und Bürgerinitiativen.

In Ihrer Einwendung sollten Sie die Folgen beschreiben, die der Ausbau für Sie persönlich hat. Auch mögliche Forderungen sollten Sie formulieren. Tragen Sie sich mit dem Gedanken, eventuell gegen einen Ausbau klagen zu wollen, dann raten mit dem Thema befasste Anwälte dazu, individuelle und detaillierte Einsprüche zu verfassen. Wer dies nicht vorhat, aber seinen Unmut kund tun möchte, kann auch auf einen der vorbereiteten Einwendungsbögen zurückgreifen. Je mehr Personen sich aus Ihrem Haushalt mit einer eigenen Einwendung beteiligen, desto besser: Auch Kinder sollten übrigens ihren eigenen Einspruch einlegen. ■

Satter Wertzuwachs

Haben Sie sich schon einmal Gedanken darüber gemacht, warum die Fraport AG unbedingt die A 380-Werft in den Bannwald bauen will und vehement alle Standorte innerhalb des Flughafenzauns wegargumentiert? Eine einfache Rechnung führt da weiter: Bei einer Fläche von 20 Hektar (200.000 m²) ergibt sich durch die Umwidmung der wirtschaftlich praktisch wertlosen Waldfläche in hochwertige Gewerbefläche mit einem vorsichtig geschätzten Wert von 400 Euro pro m² ein Wertzuwachs von rund 80 Mio. Euro! Das ist ein willkommenes Zubrot für den geplanten großen Ausbau.

Zeitplan für den Flughafenausbau

17. Januar – 16. Februar 2005

Auslegung der Unterlagen bei den Kommunen

2. März 2005

Ende der Einwendungsfrist für private Einwender

4. April 2005

Ende der Stellungnahmefrist für die Behörden und Verbände

Herbst 2005

(voraussichtlich nach den Sommerferien) Erörterungstermin

2006 ?

Planfeststellungsbeschluss

2006/07 ?

Gerichtliche Überprüfung des Planfeststellungsbeschlusses

2007/08 ?

Bauphase?

2009 ?

Inbetriebnahme der Bahn?

Fluglärmbeschwerde

Beschwerdetelefon der Fraport AG
0800-2345679

Beschwerdeformular online bei
www.profutura.net

V.i.S.d.P.
ZUKUNFT RHEIN-MAIN

Wege zu Ihrem Einspruch

Die größte Wirkung erzielen persönlich formulierte Schreiben – Kommunen und Vereine leisten Hilfestellung – Zukunft Rhein-Main sammelt Fragebögen.

Zur Einwendung gibt es verschiedene Wege, eines aber ist klar: Die größte Wirkung erzielen persönlich formulierte Schreiben.

Sie müssen erläutern, ob und warum Sie durch den Flughafen-Ausbau in Ihrer Gesundheit beeinträchtigt werden könnten. Sofern Sie über Wohneigentum oder Grundstücke verfügen, sollten Sie darlegen, weshalb Sie mit einem Wertverlust rechnen. Sie müssen nichts beweisen, aber die Ausführungen sollten plausibel sein. Wichtig ist etwa, welcher Lärm und welche Schadstoffe auf Sie und Ihr Eigentum einwirken und welche Folgen sich daraus ergeben.

Die Initiative Zukunft Rhein-Main kann Ihnen bei ihrer Einwendung helfen, wenn Sie den Fragebogen, der für Sie bereitgehalten wird, ausfüllen und an folgende Adresse zurückgeben: Initiative Zukunft Rhein-Main, Wilhelm-Seipp-Str. 4, 64521 Groß-Gerau.

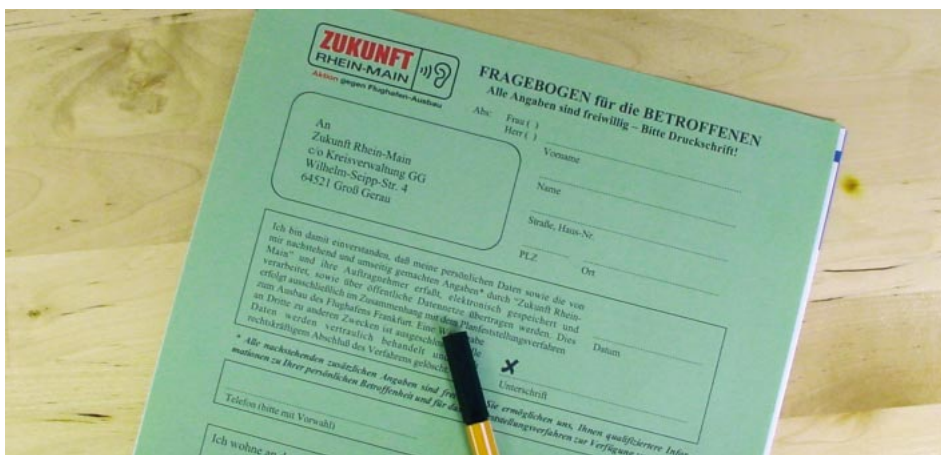
Eventuell haben Sie diesen Fragebogen zwischenzeitlich schon mit Ihren Daten ausgefüllt und an uns geschickt. Dann brauchen Sie nichts weiter zu tun. Mit der Abgabe dieses Fragebogens haben Sie ihre individuelle Muster-Einwendung bestellt. Aus Ihren Angaben zu Wohnort, Immobilienbesitz und Gesundheitsproblemen wird ein Vorschlag erarbeitet, der Ihnen rechtzeitig zugesandt wird. Sie können den Text beliebig verändern oder auch direkt verwenden.

Wer einen Internetanschluss besitzt, kann den Fragebogen unter www.profutura.net ausfüllen. Ihr Einspruch kommt in diesem Fall per E-Mail. Bitte denken Sie daran, dass jede Person eine eigene Einwendung erheben sollte. Bestellen Sie je eine Einwendung für jeden Ihrer Angehörigen, auch für Ihre Kinder. Natürlich kann man den Service auch ohne Internet nutzen.

Kommunen, Bürgerinitiativen, der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) und verschiedene Vereine haben „örtliche Koordinierungs- und Sammelstellen“ eingerichtet. Erkundigen Sie sich nach „ihrer Sammelstelle“. Dort können Sie die Fragebögen erhalten und zurückgeben. Ihre persönliche Muster-Einwendung wird Ihnen dann, meist von ehrenamtlichen

Helfern der Bürgerinitiativen oder Kommunen, zugestellt.

Während des Raumordnungsverfahrens, in dessen Verlauf mehr als 45.000 Einwendungen von Bürgerinnen und Bürgern gegen den Flughafenausbau schriftlich erfolgten, wurde das Hilfeangebot der Initiative Zukunft Rhein-Main gerne angenommen. Auch Sie können helfen, noch mehr Menschen darüber zu informieren, wie wichtig ihre Einwendungen jetzt sind. Reden Sie darüber mit Verwandten, Bekannten, Freunden! Je mehr Bürgerinnen und Bürger sich vor Ort engagieren und untereinander Hilfe anbieten, umso größer wird die Chance, dem hemmungslosen Ausbau des Flughafens Einhalt zu gebieten. ■



Ausfüllen und abschicken: der Einwendungsbogen der Initiative Zukunft Rhein-Main.

Informationen zum Einwendungsverfahren erhalten Sie bei:

Initiative Zukunft Rhein-Main
www.zukunft-rhein-main.de
 Kreisausschuss des Kreises Groß-Gerau
 Wilhelm-Seipp-Str. 4, 64521 Groß-Gerau
 Telefon: (06152) 989142
 E-Mail: wubf@kreisgg.de

**Bund für Umwelt- und Naturschutz
 Deutschland Landesverband Hessen e. V.**
www.bund-hessen.de
 Thomas Norgall, Triftstr. 47,
 60528 Frankfurt/M.
 E-Mail: thomas.norgall@bund.net

**Bündnis der Bürgerinitiativen:
 Kein Flughafenausbau - Für ein Nachtflugverbot**
www.flughafen-bi.de
 BBI c/o Winfried Heuser, An der Kreuzheck 6,
 60529 Frankfurt/M.
 E-mail: winfried.heuser@t-online.de

Weitere Informationen zum Flughafenausbau und zu Klagegemeinschaften erhalten Sie bei folgenden Vereinen:

LAERM e.V.

c/o Umweltamt der Stadt Rüsselsheim • Mainzer Straße 7 • 65428 Rüsselsheim • Telefon: (06142) 832195 • laerm@lycos.de

Für Flörsheim e.V. Verein zum Schutz der Lebensqualität in Flörsheim

Hauptstraße 34 • 65439 Flörsheim • Telefon: (06145) 540687 • fuer.floersheim@t-online.de • www.fuer-floersheim.de

Lebenswertes Hattersheim am Main e.V.

Rathaus • Rathausstraße 10 • 65795 Hattersheim am Main • Telefon: (06190) 970124

Hochheimer Verein für Lebensqualität - gegen Fluglärm e.V.

Danziger Allee 32 • 65239 Hochheim • Telefon: (06146) 9780

Verein "Neu-Isenburg: Wir wollen hier weiter leben" e.V.

Hugenottenallee 53 • 63263 Neu-Isenburg • Tel.: 06102/241-750 • verein@stadt-neu-isenburg.de



Mehr als eine Erweiterung: die Ausbauplanungen am Frankfurter Flughafen.

Nicht resignieren!

Die Stadt Hochheim (17.100 Einwohner) befürchtet im Falle eines Flughafenausbaus erhebliche Mehrbelastungen für ihre Bürger. Das Extrablatt sprach mit Bürgermeisterin Angelika Munck (51/Freie Wähler).

Extrablatt: Frau Munck, welche Befürchtungen gibt es in Hochheim wegen der geplanten Nordwest-Bahn?



Angelika Munck: Der Fluglärm ist heute schon für viele Einwohner eine Belastung. Nach dem Ausbau sollen die Flugbewegungen um mindestens 50 % mehr werden – wobei 660.000 Flugbewegungen im Jahr nicht die technische Kapazitätsgrenze darstellen. Wenn man bedenkt, dass alle bei Ostwind landenden Maschinen dann tiefer und noch näher über unsere Wohngebiete fliegen als heute, werden allein die lärmbedingten Folgen für das Wohnen und Arbeiten in Hochheim noch unerträglicher.

EB: Wie haben sich die städtischen Gremien positioniert?

A.M.: Stadtverordnetenversammlung und Magistrat haben klare Beschlüsse gefasst. Schon 2000 wurde beschlossen, dass die Lärmbelastung durch Flugzeuge gesenkt werden muss. Übrigens einstimmig. Wir werden alles tun, um einen Ausbau zur Kapazitätserweiterung zu verhindern. Das können wir nur gemeinsam mit anderen Betroffenen. Ich glaube, dass unser Weg, juristische Mittel anzuwenden, der richtige sein wird. Trotz enormer Kosten, die uns Kommunen in einer finanzpolitisch schwierigen Zeit treffen.

EB: Ab 17. Januar liegen die Unterlagen zum Planfeststellungsverfahren aus. Was raten Sie ihren Bürgern?

A.M.: Mitmachen! Sich beteiligen! Nicht resignieren, nicht sagen: die da oben machen doch, was sie wollen! Alle Menschen, die hier in der Region unter erträglichen Bedingungen leben wollen, müssen sich mit ihrer Meinung, ihren persönlichen Einwendungen gegen einen Ausbau des Flughafens zur Wehr setzen. Ich werde mich zuhause hinsetzen, meine persönliche Betroffenheit darlegen und begründen, warum ich mich gegen noch mehr Flugverkehr wehre. Dieser Brief ist Grundlage dafür, dass ich später gegen denkbare Ausbaubeschlüsse gerichtlich vorgehen kann. Ich hoffe, dass viele das Gleiche tun!

EB: Leistet die Kommune Unterstützung bei Einwendungen?

A.M.: Wir sind ja Mitglied in der Aktion Zukunft Rhein-Main, die den Bürgerinnen und Bürgern Hilfestellung bei der Abfassung von Stellungnahmen und Einwendungen gibt. In unseren Bürgerbüros gibt es die Fragebögen für computergestützte Einwendungsschreiben. Unser Hochheimer Verein für Lebensqualität – gegen Fluglärm und unsere Bürgerinitiative und meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter stehen bereit, um während der Auslegungszeit zu beraten, Hilfestellung zu geben.

Adressen und Infos

Fluglärmbeschwerdetelefon der Flughafen Frankfurt/Main AG
 Ausbauprogramm Flughafen
 60547 Frankfurt/Main
 Infotelefon/Fluglärmtelefon: 0800/2345679
 Kostenfrei rund um die Uhr besetzt

Kreis Groß-Gerau
 Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung und „Zukunft Rhein-Main – Aktion gegen Flughafenausbau“
 Kreisausschuss des Kreises Groß-Gerau
 Wilhelm-Seipp-Straße 4, 64521 Groß-Gerau
 Telefon: 06152/989142
 E-Mail: wubf@kreisgg.de
 www.zukunft-rhein-main.de

Regionales Dialogforum (RDF)
 Bürgerbüro des Regionalen Dialogforums
 Im Eichsfeld 4, 65428 Rüsselsheim
 Telefon: 06142/798791
 www.dialogforum-flughafen.de

Bündnis der Bürgerinitiativen „Keine Flughafenerweiterung“
 Winfried Heuser
 An der Kreuzheck 6, 60529 Frankfurt/Main
 Telefon: 069/355464
 E-Mail: winfried.heuser@t-online.de
 www.flughafen-bi.de

Mainzer Bürgerinitiative gegen die Flughafenerweiterung Rhein-Main
 c/o Bürogemeinschaft 42
 Kaiser-Wilhelm-Ring 11, 55118 Mainz
 Telefon: 06131/611973

BUND LV Hessen
 Triftstraße 47, 60528 Frankfurt
 Telefon: 069/6773760
 Thomas Norgall
 E-Mail: thomas.norgall@bund.net
 www.bund-hessen.net

BUND LV Rheinland-Pfalz
 Gärtnergasse 16, 55116 Mainz
 Telefon: 06131/231973
 E-Mail: bund.rheinlandpfalz@bund.net

Kommunale Arbeitsgemeinschaft Flughafen Frankfurt/Main (KAG)
 Wilhelm-Seipp-Str. 4, 64521 Groß-Gerau
 Telefon: 06152/989864
 E-Mail: kag-ffm@gmx.de
 www.kag-flughafen-ffm.de



Info-Telefon: 06152/989142 und 989391

Weitere Internetadressen

www.fluglaerm.de
 www.ig-fluglaerm.de
 www.mediation-flughafen.de
 www.profutura.net
 www.rm-institut.de

Impressum
 Herausgeber: Kreisverwaltung Groß-Gerau
 Presse- und Informationsamt



Immer höhere Hürden

Für die Ausbaubetreiber wird es schwieriger, ihr Projekt durchzusetzen: Sicherheitsfragen treten stärker in den Vordergrund

Er wird immer stärker: Der Wind, der den Betreibern des Flughafen-Ausbau ins Gesicht bläst. Schon im Raumordnungsverfahren 2002 sind 45.000 Einwendungen gegen das Projekt eingegangen. Beim Planfeststellungsverfahren (PFV) für die Airbus A-380-Wartungshalle, die den Beteuerungen der Fraport AG zufolge nichts mit dem Gesamtausbau zu tun haben soll, waren es 41.000. Und beim Erörterungstermin in Mörfelden geht es für die Vertreter der Fraport AG derzeit reichlich ungemütlich zu. Auf breite Akzeptanz in der Region Rhein-Main deutet das nicht. Für das im September eingeleitete Verfahren zum „großen Flughafenbau“ ist jedenfalls mit erheblich mehr Einsprüchen zu rechnen!

Immer drängender treten auch Sicherheitsfragen in den Vordergrund. Der Beinahe-Absturz einer Verkehrsmaschine in München hat gezeigt, dass trotz modernster Landehilfen auch renommierte Fluggesellschaften von einer derartigen Katastrophe betroffen sein können. In München war eine Notlandung noch möglich, weil freie Flächen zur Verfügung standen. Der Verein Deutscher Fluglärmdienst fordert deshalb zurecht die hindernisfreie Gestaltung von

Anfluglinien. In Rhein-Main sieht dies freilich anders aus: Der Flughafen liegt in dicht bebautem Gebiet, und bei Verwirklichung der Nordwestbahn würde gerade beim besonders kritischen Landeanflug das mit hoch giftigen Chemikalien arbeitende Chemiewerk Ticona überflogen. Die Folgen eines Absturzes wären hier kaum kalkulierbar.

Nicht unterschätzt werden darf das Risiko durch Vogelschlag. Die künftige Einflugschneise läge in einem bedeutenden europäischen Vogelzug-Korridor. Und auch wenn es die Fluggesellschaften gerne verschweigen: Ein Zusammenstoß mit einzelnen Vögeln oder Vogelschwärmen kann zum Absturz führen. Die Risiken summieren sich kräftig, so dass sich jetzt auch die EU-Kommission mit dem erhöhten Sicherheitsrisiko durch den geplanten Ausbau beschäftigt.

Hinzu kommen der drohende Verlust unersetzlicher Bannwaldflächen, die Zerschlagung von Naherholungsfunktionen und eine erhebliche Zunahme des Fluglärms. Eine weitere Verschlechterung der Lebensqualität in der Region aber ist nicht hinnehmbar - die Hürden für die Fraport AG werden immer höher. ■



„Pulverfass Rhein-Main“: Ein voller Erfolg war die Demonstration gegen die geplante Landebahn in der Nähe der Chemiefabrik Ticona.

Liebe Mitbürgerinnen, liebe Mitbürger!

Die Diskussion um den Ausbau des Frankfurter Flughafens hat in den vergangenen Wochen eines deutlich gezeigt: Eine Erweiterung des Airports passt einfach nicht in unsere Region.

Die hier lebenden Menschen sind schon jetzt Belastungen ausgesetzt, die die Grenzen des Erträglichen oft überschreiten. Hinzu kommen erhebliche Risiken, die von den Ausbaubetreibern gerne heruntergespielt werden. Da ist zum einen die Lage des Chemiewerks Ticona mitten in der geplanten Einflugschneise. Der TÜV Pfalz nennt das Risiko in seiner jüngsten Expertise „kritisch“. Wir von der Initiative „Zukunft Rhein-Main“ haben schon lange hierauf hingewiesen, aber erst allmählich Gehör gefunden.



In München ging ein Beinahe-Absturz glücklicherweise glimpflich aus, weil freie Flächen für eine Notlandung zur Verfügung standen. Rund um Rhein-Main fehlen diese aber fast völlig. Unterschätzt wird auch die Vogelschlagproblematik, zu der Sie weitere Informationen in der nunmehr zehnten Ausgabe unseres Extrablattes finden.

Was wir brauchen, sind intelligente statt in Beton gegossene Lösungen. Hierzu zählt die Kooperation mit anderen Flughäfen, aber auch eine bessere Vernetzung mit anderen Verkehrsmitteln. Die Zukunftsfähigkeit der Region hängt nicht allein am Flughafen.

Dem Extrablatt beigelegt ist ein Einwendungsbogen zum Planfeststellungsverfahren. Meine Bitte an Sie: Füllen Sie ihn aus und dokumentieren Sie, dass sich unsere Region nicht alles gefallen lässt.

Eine interessante Lektüre wünscht

Enno Siehr

Landrat des Kreises Groß-Gerau

Knappes Frist für Einwendungen

Nach Auslegung der Unterlagen für das Planfeststellungsverfahren bleiben Bürgerinnen und Bürgern sechs Wochen Zeit, um ihre Bedenken gegen den Flughafenausbau zu formulieren

Der Ausbau des Frankfurter Flughafens tritt in seine entscheidende Phase: Am 9. September 2003 hat die Fraport AG das Planfeststellungsverfahren eingeleitet, den wichtigsten Schritt auf dem Weg zur Baugenehmigung. Bis Ende vergangenen Jahres war das Regierungspräsidium (RP) Darmstadt als Anhörungsbehörde damit beschäftigt, die insgesamt 50 mit Plänen und Erläuterungen gefüllten Ordner auf ihre Vollständigkeit zu überprüfen.

Für das Frühjahr 2004 wird nun die öffentliche Auslegung der Planunterlagen erwartet. Diesen Termin sollte sich jeder, der Einwände gegen die Flughafen-Erweiterung hat, genau merken. Für die Dauer von vier Wochen werden die Unterlagen bei den Gemeindeverwaltungen ausgelegt, damit betroffene Bürgerinnen und Bürger sie einsehen und sich ein Bild über mögliche Auswirkungen auf ihre Wohn- und Arbeitssituation machen können. Nach Ablauf der Auslegung ist Eile geboten: Bis zwei Wochen nach deren Ende besteht Gelegenheit, bei den Gemeinden oder direkt

beim RP (Luisenplatz 2, 64283 Darmstadt) eine Einwendung abzugeben. Der Zeitraum für mögliche Einsprüche bleibt also auf sechs Wochen beschränkt!

Tipps, wie eine Einwendung formuliert werden kann, erteilt die Initiative „Zukunft Rhein-Main“ (Telefon 06152/989142 und 989391). Vorbereitete Bögen sind auch im Internet unter www.profutura.net erhältlich. Wer bereits im Raumordnungsverfahren oder im Planfeststellungsverfahren zur A-380 Werft seine



Der Graureiher - seine Flugbahn kreuzt die von Verkehrsmaschinen.

Einwände geltend gemacht hat, bekommt ein solches Formular automatisch zugesandt.

Parallel zur Auslegung erfolgt die Behördenbeteiligung. Einige aus Sicht der Kommunen sehr kritische Punkte wie das Sicherheitsrisiko Ticona, benachbarte Tanklager oder die unterschätzte Vogelschlag-Problematik sind auf dieser Seite dargestellt.

Nächster Schritt ist dann der Erörterungstermin. An ihm dürfen Bürgerinnen und Bürger nur teilnehmen, wenn sie zuvor Einspruch eingelegt haben. Unter Federführung des RP werden bei diesem mehrwöchigen Termin alle Einwendungen von Privatleuten und Behörden mit der Fraport AG erörtert.

Danach muss das RP innerhalb eines Monats eine Stellungnahme an das Wirtschaftsministerium abgeben, das für die Planfeststellung zuständig ist und einen Beschluss erlässt. Dieser wird öffentlich bekannt gemacht. Rechtlich Betroffene können dagegen klagen. ■

Ausbau-Risiko I: Das Ticona-Werk

Größter Knackpunkt der Ausbaudiskussion war in den vergangenen Monaten das Sicherheitsrisiko. Das hoch giftige Chemikalien verarbeitende Chemie-Werk Ticona läge beim Bau der Nordwestbahn direkt in der Einflugschneise. Gerade beim Landeanflug aber ist die Absturzgefahr am größten. Deshalb halten längst nicht nur Ausbau-Gegner, sondern selbst Piloten und Fluglotsen die Planungen für mehr als bedenklich.

Im seit Jahrzehnten am Standort arbeitenden Werk wird der Kunststoff Polyacetal hergestellt, der etwa in der Luftfahrt oder zur Herstellung von Handyschalen verwendet wird. Bei der Produktion verarbeitet das Werk jährlich über 100.000 Tonnen Methanol und Formaldehyd, in geringeren Mengen auch die äußerst aggressive Chemikalie Bortrifluorid. Aufgrund der Art und Menge dieser Stoffe ist die Ticona als Risikobetrieb eingestuft.

Auch der TÜV Pfalz, der sich mit früheren Gutachten auseinandersetzt, sieht beim geplanten Ausbau den Grenzbereich des Akzeptablen erreicht.

Ausbau-Risiko II: Verstoß gegen EU-Recht

Nicht nur innerhalb Deutschlands kocht es. Auch die Europäische Union beschäftigt sich inzwischen mit dem Problemfall Ticona. Die Frankfurter Flughafen-Ausbau-Gegner (FAG) haben im September 2003 Beschwerde bei der Europäischen Kommission eingereicht. Sie sind der Auffassung, dass Fraports Ausbaupläne gegen die Seveso-II-Richtlinie der EU verstoßen. Diese Vorschrift wurde nach schweren Industrieunfällen wie der Explosion im Feuerwerkskörperlager im niederländischen Enschede erlassen. Sie regelt die Abstände zwischen Verkehrsanlagen und Betrieben, in denen gefährliche Stoffe verwendet werden.

Nach erster Einschätzung der Europäischen Kommission hätten diese Vorgaben bereits im Raumordnungsverfahren berücksichtigt werden müssen. In einem Schreiben heißt es: „Nach einer ersten Analyse des Sachverhalts gehen die Dienststellen der Kommission davon aus, dass Artikel 12 der Seveso-II-Richtlinie verletzt wurde.“ Für eine abschließende Beurteilung hat sie daher um weitere Unterlagen gebeten.

Ausbau-Risiko III: Vogelschlag

In der öffentlichen Wahrnehmung spielt der Vogelschlag bislang eine untergeordnete Rolle. Kein Wunder, schließlich schweigen Fluggesellschaften das Thema gerne tot. Der Zusammenstoß mit Vogelschwärmen oder einzelnen Vögeln kann zum Absturz von Maschinen führen - bei der geplanten Landebahn läge dieses Risiko bis zu 1000 Mal höher als derzeit.

Das belegt eine Studie der Initiative „Zukunft Rhein-Main“, für die das Vogelaukommen am Main gezählt wurde. Das für die Nordwest-Bahn vorgesehene Gelände liegt an einem der großen europäischen Vogelzug-Korridore, der als Lebens- und Überwinterungsraum für Wasservögel herausragende Bedeutung besitzt. Auf dem nahen Mönchwaldsee rasten zudem bis zu 1000 Wasservögel.

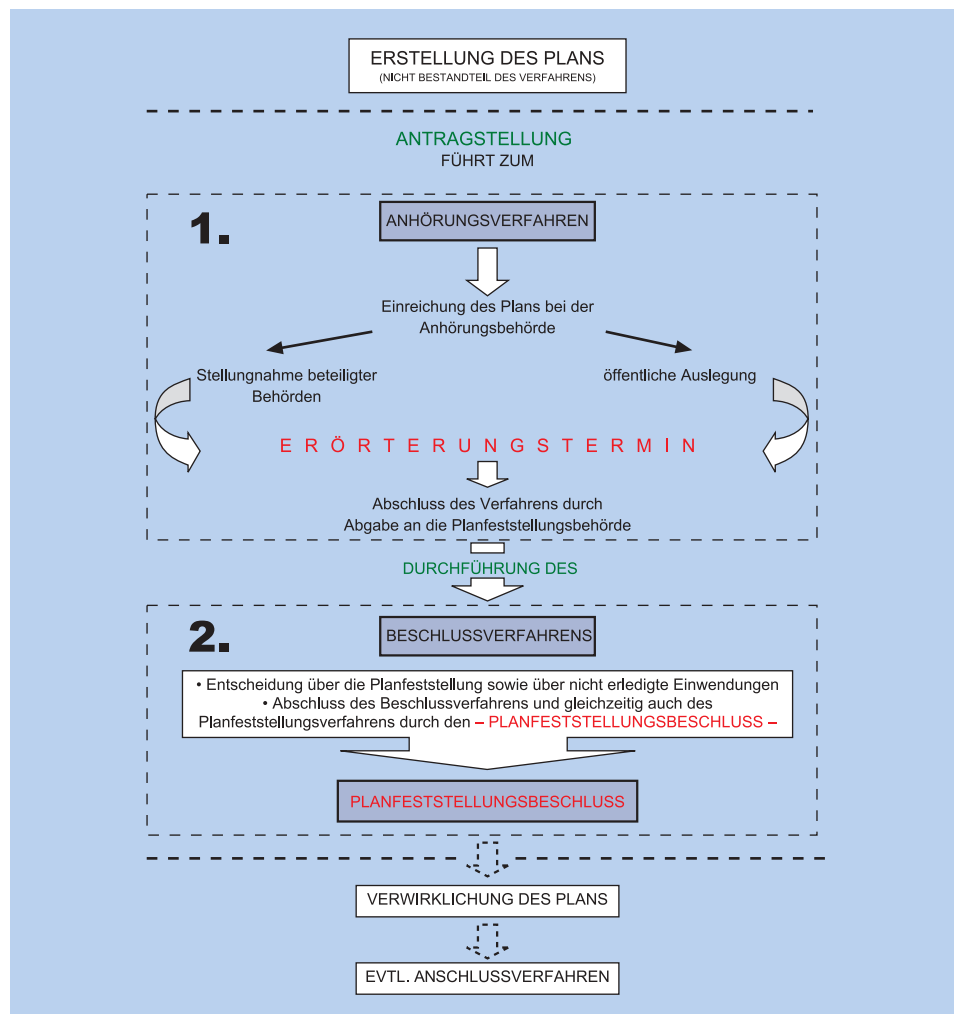
Vor allem Lachmöwen, Tauben, Kormorane und Graureiher sind in großer Zahl anzutreffen. Von Dezember bis März überwintern hier Vogelarten wie Krähen aus Osteuropa. Nicht minimieren lässt sich das von Wasservögeln ausgehende Vogelschlagrisiko - sie halten an ihren Gebieten fest.

Hintergrund: Die Planfeststellung

Der Neu- oder Ausbau von Straßen, Schienenwegen oder Flughäfen erfordert in der Regel ein Planfeststellungsverfahren (PFV). Hierbei handelt es sich um eine Art Baugenehmigungsverfahren. Wie beim Bau eines privaten Hauses wird nach Prüfung und Beurteilung der Rechtmäßigkeit und der möglichen Auswirkungen auf die Umgebung eine Baugenehmigung erteilt oder verweigert.

Dieser so genannte „Planfeststellungsbeschluss“ hat aber eine wesentlich weiter reichende Rechtswirkung. Neben der Baugenehmigung werden durch ihn alle weiteren für das Vorhaben notwendigen öffentlich-rechtlichen Genehmigungen erteilt. So beinhaltet er Abrissgenehmigungen sowie wasser- und forstrechtliche Genehmigungen wie die Erlaubnis, Wald zu roden. Darüber hinaus ist der Beschluss die Grundlage für eventuell später folgende Enteignungsverfahren. Durch ihn werden die Eigentumsverhältnisse zwar nicht geändert, doch erlaubt er dem Vorhabenträger, die im Plan festgestellten Grundstücke in Anspruch zu nehmen.

Das PFV ist das entscheidende Verfahren, in dem Bürgerinnen und Bürger auf Beeinträchtigungen, die ihnen entstehen, hinweisen und Einspruch dagegen erheben können. Weitere Verfahren gibt es nicht! ■



„Entwicklung nicht lähmen“

Fraport AG scheitert mit Klagen gegen Kelsterbach und Raunheim - Vermarktung des Caltex-Geländes nun möglich

Die Fraport AG ist mit ihrer Klage gegen Bebauungspläne der Städte Kelsterbach und Raunheim gescheitert. Die beiden Kommunen weisen auf dem ehemaligen Caltex-Gelände in unmittelbarer Nähe zur geplanten Nordwest-Bahn ein Gewerbegebiet aus. Grund der Klage vor dem Hessischen Verwaltungsgerichtshof (VGH) in Kassel war die vorgesehene Bauhöhe von bis zu 59 Meter an genau der Stelle, an der die Flugzeuge am niedrigsten über das Gelände fliegen würden.

Die Fraport AG hatte sich hierdurch in ihren eigenen Rechten verletzt gesehen. Der VGH hat die Klage aber als unbegründet abgelehnt, eine Revision wurde nicht zugelassen. Der Beschluss für die Bebauungspläne erfolgte bereits im Herbst 2001 – zu einem Zeitpunkt, als noch drei Ausbauvarianten diskutiert wurden. Wie

die Kasseler Richter bestätigten, war die Planung damals noch nicht hinreichend konkret, um den Gemeinden vorwerfen zu können, sie hätten die Erweiterungsabsichten des Flughafens nicht berücksichtigt. Thomas Jühe, Bürgermeister der Stadt Raunheim, sieht sich durch das Urteil in seiner Rechtsauffassung bestätigt: „Es kann nicht sein, dass eine ganze Region in ihrer Entwicklung gelähmt wird, nur weil im Mediationsergebnis zwölf verschiedene Landebahnen als Möglichkeiten der Erweiterung genannt werden“, sagt er.

Nach der Urteilsverkündung kann nun endlich die Vermarktung des Areals vorangehen. Auf dem 100 Hektar großen ehemaligen Raffineriegelände sollen rund 12.000 Arbeitsplätze in hochwertigem Gewerbe, Logistikunternehmen und Dienstleistungsbetrieben entstehen. ■

Unerwarteter Andrang

Mit einem derartigen Ansturm hatten die Organisatoren des Erörterungstermins zum Bau der geplanten Wartungshalle für Airbus 380-Flugzeuge wohl nicht gerechnet: Am ersten Tag begehrten über 1000 Einwander Einlass, mehr, als die Halle im Mörfelder Industriegebiet überhaupt fasst. Teils chaotische Einlasskontrollen führten dazu, dass etliche Privatleute und Behördenvertreter bis zu zwei Stunden in der Kälte ausharren mussten, ehe sie in den Saal durften. Am darauffolgenden Tag wurden die behandelten Punkte dann wiederholt, weil am ersten nicht alle Einwander in der Halle Platz fanden. Die Sprecher der Initiative „Zukunft Rhein-Main“, Groß-Geraus Landrat Enno Siehr, der Mainzer Oberbürgermeister Jens Beutel und Flörsheims Bürgermeister Ulrich Krebs übten Kritik an den Zuständen und erneuerten ihre Forderung, Standortalternativen auf dem Flughafen-Gelände zu nutzen, statt über den Zaun hinauszugehen und Bannwald zu vernichten.



Lange Schlangen bildeten sich vor der Garmy-Halle im Mörfelder Industriegebiet beim Erörterungstermin zum Bau der A-380-Werft. Am ersten Tag waren über 1000 Einwender erschienen.

„Vernehmbar NEIN sagen“

Die Stadt Mainz (200.000 Einwohner) befürchtet bei einem weiteren Ausbau des Flughafens eine erhebliche Lärmzunahme. Das Extrablatt sprach mit Oberbürgermeister Jens Beutel (57/SPD) und dem Umweltdezernenten Wolfgang Reichel (52/CDU).

Extrablatt: Die Planungsvorhaben „Ausbau Flughafen“ gehen 2004 in die entscheidende Phase... ?



Jens Beutel: Wir kämpfen seit Jahren gegen den Ausbau, da die Nachteile für die Menschen mögliche wirtschaftliche Vorteile deutlich überlagern werden. Dabei bestreiten wir die Bedeutung des Flughafens keineswegs. Doch der Ausbau in der von Fraport geplanten Dimension ist der berühmte Schritt zuviel: Die Region ist nicht nur Wirtschaftsstandort, sie ist auch Lebensmittelpunkt für mehr als vier Millionen Menschen, deren Alltag, Erholung und Nachtruhe in einem Ausmaß verlärmert würde, das schon heute nicht mehr zu akzeptieren ist. Es ist an der Zeit, im Verfahren weithin vernehmbar NEIN zu sagen.

EB: Gibt es in diesem Rahmen konkrete Aktionen?



Wolfgang Reichel: Natürlich. Wir werden mit der ZRM während der Offenlage mit einer Informationskampagne in Innenstadt und Vororten die Möglichkeit und den Sinn der Einwendungen für die Bürger erläutern, mit denen der Protest als auch spätere Schadenersatzansprüche geltend gemacht werden können. Der Ausbau würde die Auswirkungen auf Mainz nochmals verschärfen. Legen die Behörden später ein Schallschutzfenster-Programm auf, hat jeder Bürger im festgelegten, stark belasteten Bereich Anspruch auf Berücksichtigung. Kommt ein solches Programm jedoch nicht zustande, kann ein Bürger ohne vorherige Einwendung juri-

stisch nichts geltend machen: „Ohne Einspruch kein Anspruch“.

EB: Es gibt viele Diskussionen um das Chemiewerk Ticona...

W. Reichel: Es bleibt abzuwarten, welches Gutachten von der Störfallkommission letztlich als zutreffend angesehen wird - die Beurteilungen der Absturzwahrscheinlichkeiten gehen ja eklatant auseinander. Fakt bleibt, dass der Überflug von Ticona in geringer Höhe - mit 1000 Mitarbeitern und der Verarbeitung hochgefährlicher Substanzen - eine nicht zu tolerierende Gefährdung darstellt. Fraport scheint der Ansicht, dass Ticona direkt neben dem Flughafen gar weiter wachsen kann. Das ist schon eine bemerkenswert ignorante Position. Käme es zu einem Absturz, droht ein „Domino-Effekt“ mit eklatanten Folgen. Die Sicherheit der Bürger in Rhein-Main muss oberste Priorität genießen. Dies lässt nur wenig Spielraum, die Antwort liegt auf der Hand.

EB: Die Offenlage bietet den Bürgerinnen und Bürgern Gelegenheit, Einblick in die Akten zu nehmen...

J. Beutel: Ja. Es werden 50 Ordner mit Planungsunterlagen ausliegen - dies ist für den Laien schwer zu bewältigen. Wir tragen Sorge dafür, dass Bürgerfragen von unseren Mitarbeitern inhaltlich nachvollziehbar beantwortet werden. Und wir werden die Mitbürger nachdrücklich anhalten, ihre Einwendungen geltend zu machen. Klar ist aber auch, dass die ZRM - und damit auch städtische Vertreter - das PFV zum Ausbau vom ersten Tag an mit juristischem und fachlichem Sachverstand begleiten werden. Mainz und die Region lehnen weitere Belastungen ab, dies werden wir mit Nachdruck betonen.

Adressen und Infos

Fluglärmbeschwerdetelefon der Flughafen Frankfurt/Main AG
 Ausbauprogramm Flughafen
 60547 Frankfurt/Main
 Infotelefon/Fluglärmtelefon: 0800/2345679
 Kostenfrei rund um die Uhr besetzt

Kreis Groß-Gerau
 Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung und „Zukunft Rhein-Main – Aktion gegen Flughafen ausbau“
 Kreisausschuss des Kreises Groß-Gerau
 Wilhelm-Seipp-Straße 4, 64521 Groß-Gerau
 Telefon: 06152/989142
 E-Mail: wubf@kreisgg.de
 www.zukunft-rhein-main.de

Regionales Dialogforum (RDF)
 Bürgerbüro des Regionalen Dialogforums
 Im Eichsfeld 4, 65428 Rüsselsheim
 Telefon: 06142/798791
 www.dialogforum-flughafen.de

Bündnis der Bürgerinitiativen
 „Keine Flughafenerweiterung“
 Winfried Heuser
 An der Kreuzheck 6, 60529 Frankfurt/Main
 Telefon: 069/355464
 E-Mail: winfried.heuser@t-online.de
 www.flughafen-bi.de

Mainzer Bürgerinitiative gegen die Flughafenerweiterung Rhein-Main
 c/o Interkulturelles Zentrum
 Rheinallee 3d, 55116 Mainz
 Telefon: 06131/9325626
 E-Mail: MainzerFlughafenBI@web.de

BUND LV Hessen
 Triftstraße 47, 60528 Frankfurt
 Telefon: 069/6773760
 Thomas Norgall
 E-Mail: thomas.norgall@bund.net
 www.bund-hessen.net

BUND LV Rheinland-Pfalz
 Gärtnergasse 16, 55116 Mainz
 Telefon: 06131/231973
 E-Mail: bund.rheinlandpfalz@bund.net

Kommunale Arbeitsgemeinschaft Flughafen Frankfurt/Main (KAG)
 Wilhelm-Seipp-Str. 4, 64521 Groß-Gerau
 Telefon: 06152/989684
 E-Mail: kag-ffm@gmx.de
 www.kag-flughafen-ffm.de



Aktion gegen Flughafen-Ausbau

Info-Telefon: 06152/989142 und 989391

Weitere Internetadressen

www.fluglaerm.de
 www.ig-fluglaerm.de
 www.mediation-flughafen.de
 www.profutura.net
 www.rm-institut.de

Impressum

Herausgeber: Kreisverwaltung Groß-Gerau
 Presse- und Informationsamt